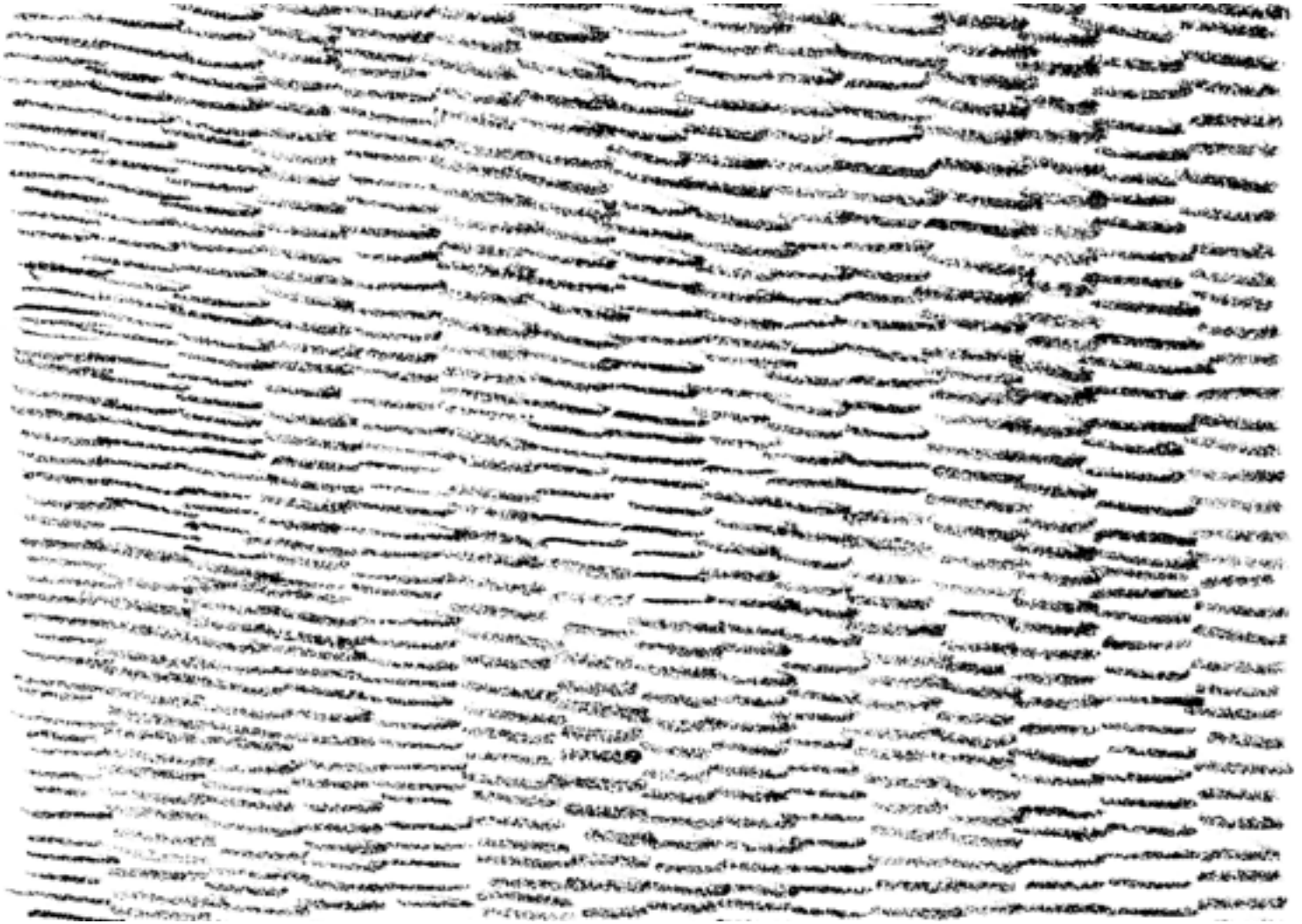
„Können Sie nicht mal mit dem reden?“

BEDARFSANALYSE ZU ZIVILGESELLSCHAFTLICH GETRAGENEN MASSNAHMEN DER DISTANZIERUNGSARBEIT IN BAYERN

Landeskoordinierungsstelle
Bayern gegen Rechtsextremismus



INHALTSVERZEICHNIS

1.	Warum eine Bedarfsanalyse?	4
2.	Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit	6
	2.1. Begriffe und Zielgruppen	6
	2.2. Zugänge	10
	2.3. Professionalität und Sicherheit	11
3.	Distanzierungsarbeit in anderen Bundesländern	12
	3.1. Einzelfallberatung	12
	3.2. Weiterbildung	14
	3.3. Ausstattung	14
4.	Beratungsangebot in Bayern	15
5.	Interviews zur Bedarfserhebung	16
	5.1. Gestaltung	16
	5.2. Ergebnisse	18
	5.2.1. Zustand und Bedarfe	18
	5.2.2. How to: Distanzierungsberatung	26
6.	Ausblick	32
7.	Literaturverzeichnis	35
8.	Anhang: Übersicht über Stellen der zivilgesellschaftlichen Distanzierungs- und Ausstiegsberatung im Phänomenbereich extreme Rechte	37
9.	Über die Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus	39
10.	Impressum	40

1. WARUM EINE BEDARFSANALYSE?

In den vergangenen Jahren sind in den meisten Bundesländern zivilgesellschaftliche Maßnahmen im Bereich der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung entstanden. Neben der Unterstützung von Fachkräften richten sich diese Maßnahmen auch direkt an Personen, die in unterschiedlicher Intensität in extrem rechten Ideologien verortet werden oder fest in extrem rechte Strukturen eingebunden sind.

Die Ansprache von Personen mit lediglich ersten Hinwendungsdynamiken zu entsprechenden Ideologien wird teilweise als Distanzierungsarbeit bezeichnet. Ihr Ziel ist es, einen tieferen Einstieg in die entsprechenden Szenestrukturen zu verhindern – denn ein solcher Einstieg scheint gerade dann wahrscheinlich, wenn Äußerungen im Vorfeld unwidersprochen bleiben.[1] In Bayern gab und gibt es bislang lediglich einzelne regional und zeitlich begrenzte Projekte der Distanzierungsarbeit, aber kein zentrales zivilgesellschaftliches Angebot.

Vor diesem Hintergrund ist die Aufgabe der vorliegenden Analyse, den Bedarf an einem Beratungsangebot, welches im Vorfeld einer gefestigt extrem rechten Ideologie oder einer damit im Zusammenhang stehenden möglichen Straffälligkeit die Auseinandersetzung auf Einstellungsebene sucht, zu ermitteln.

[1] Baer, Silke (2018): Praxis der Jugendkulturarbeit zur Prävention von GMF und Rechtsextremismus. In: Möller, Kurt; Neuscheler, Florian (Hrsg.): „Wer will die hier schon haben?“ Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland. Stuttgart: W. Kohlhammer, S. 75-88.

Basierend auf den Erfahrungen der Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus (im Folgenden: LKS) und des Beratungsnetzwerks Bayern gegen Rechtsextremismus wurde ein Bedarf angenommen. So erhält die Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus (F.U.E.R.) gelegentlich Anfragen von Angehörigen oder Fachkräften aus der Sozialen Arbeit, die sich eine direkte Ansprache extrem rechts orientierter Personen in ihrem persönlichen oder beruflichen Umfeld erhoffen. Die Bitte lautet wie der Titel dieses Berichts: „Wir kommen nicht weiter – können Sie nicht mal mit dem reden?“

Auch bei den Teams der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern (im Folgenden: Mobile Beratung) gehen immer wieder entsprechende Anfragen ein. Sie stammen vor allem aus dem schulischen Umfeld. Die Mobile Beratung erfasst die Anzahl solcher Anfragen nicht statistisch, da die angefragten Leistungen nicht Teil des Angebotes sind. Schätzungen zufolge gehen rund fünf- bis zehnmal pro Jahr Bitten dieser Art ein. Aus diesen Zahlen kann jedoch kein Bedarfsumfang abgeleitet werden. Denn das Arbeitsfeld der Mobilen Beratung ist klar umgrenzt und wird auch so kommuniziert. Es ist davon auszugehen, dass vielen Ratsuchenden das Angebot bereits nach einem Blick auf die Internetseiten von LKS und Mobiler Beratung klar wird und sie daher von Anfragen nach direkter Einzelfallarbeit mit extrem rechten Personen absehen.

F.U.E.R. veranstaltete in den Jahren 2021 und 2022 eine dreimodulige Fortbildungsreihe zur Beratung von Familien und sozialem Umfeld im Kontext Rechtsextremismus. Die Zielgruppe waren Fachkräfte aus Sozialer Arbeit und Pädagogik in ganz Bayern. Das Angebot war binnen kürzester Zeit ausgebucht. Die Anmeldungen übertrafen die verfügbaren

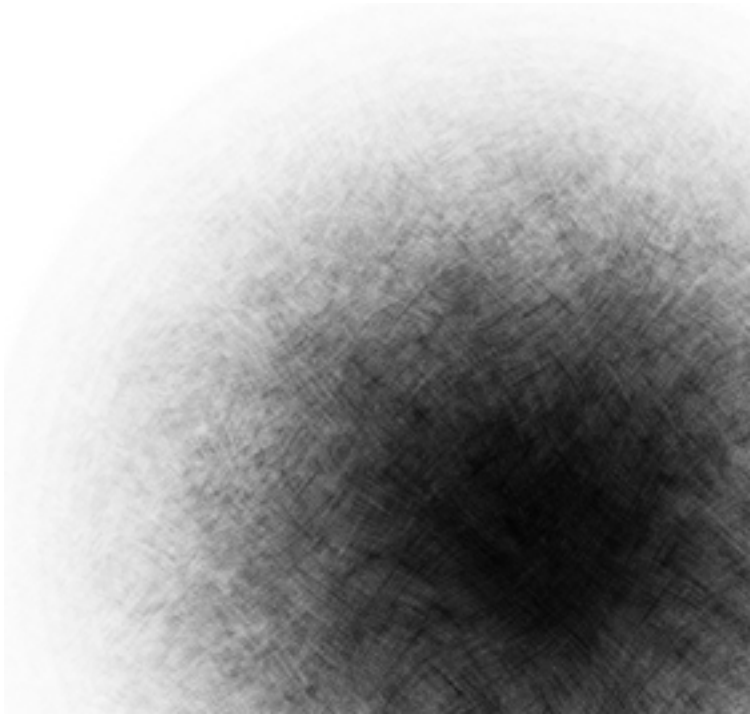
Plätze um das Doppelte. Die Teilnehmenden waren in der Jugendarbeit, in Jugendämtern, in den Allgemeinen Sozialen Diensten oder auch bei der Polizei tätig. Sie schilderten, wie herausfordernd die Themenfelder extreme Rechte, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Verschwörungsglaube in ihrer beruflichen Tätigkeit seien, da sie Verunsicherung auslösten. Die Fachkräfte fühlten sich im Umgang mit extrem rechts positionierten Personen nicht oder kaum handlungsfähig. Dies zeigte sich in verschiedenen Bereich der Sozialen Arbeit: beispielsweise im Umgang mit neonazistischen Eltern, mit extrem rechter Erziehung oder bei Fragen des Kindeswohls. Zudem fehlte den Teilnehmenden das notwendige Wissen über Hinwendungsmotive zur extremen Rechten und das Handwerkszeug, um mit den betreffenden Adressat:innen an einer Distanzierung zu arbeiten. Einzelne Versuche oder der Kontakt zu den Adressat:innen liefen deshalb häufig ins Leere.

Die Münchner Fachstelle für Demokratie zeigt in ihrem ersten „Monitoring-Bericht der Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen“ die inhaltliche Bandbreite an diskriminierenden und extrem rechten Vorfällen in Schulen auf, die in allen Schulformen vorzufinden ist. Der Bericht verweist auf eine Leerstelle bei der anlassbezogenen Intervention nach konkreten menschenfeindlichen Vorfällen. Und das, obwohl Beratungsstrukturen und Anlaufstellen in der Landeshauptstadt wesentlich vielfältiger sind als in anderen Regionen Bayerns.[2]

[2] Vgl. Fachstelle für Demokratie Landeshauptstadt München (2023): Diskriminierung und rechter Hass an Münchner Schulen. 1. Monitoring-Bericht der Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen. München, S. 25.

Abgesehen von diesen Einblicken war bisher unklar, wo genau der Bedarf an Distanzierungsarbeit in Bayern liegt, welche Maßnahmen zielführend wären und welche Zielgruppen angesprochen werden sollten. Außerdem war unklar, welche Zugänge zu extrem rechtsaffinen Adressat:innen, vor allem im Rahmen eines auf Freiwilligkeit basierenden Angebots, geschaffen werden könnten.

Um diese und ähnliche Fragen zu klären, startete die LKS Bayern im August 2022 eine Bedarfsanalyse, die maßgeblich auf zwei Säulen basiert. Zum einen wurden Angebote der Distanzierungsarbeit in anderen Bundesländern gesichtet. Hier lag besonderer Fokus auf den Arbeitsweisen, Zugängen und Qualitätsstandards. Zum anderen wurden innerhalb Bayerns Fachkräfte aus der Sozialen Arbeit und andere relevante Akteur:innen in qualitativen Interviews befragt. Die Interviews sollten zeigen, wo genau die Befragten Bedarfe erkennen und wie ein neues entsprechendes Angebot aussehen könnte.



2. DISTANZIERUNGS- UND AUSSTIEGSARBEIT

2.1. Begriffe und Zielgruppen

Im Kontext der Demokratie-leben-Förderung findet sich für die Arbeit mit extrem rechts orientierten Menschen meist die Doppelbezeichnung „Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit". Allerdings werden die Begriffe Distanzierung und Ausstieg in Veröffentlichungen wie auch im fachlichen Austausch nicht einheitlich genutzt. Teilweise wird Distanzierung in der Ausstiegsarbeit als Prozess verstanden, um eine Ausstiegsmotivation herzustellen, teilweise auch als Bearbeitung ideologischer Inhalte während des Ausstiegs. Diesem Verständnis folgend kann Distanzierung als Teilmenge eines gelungenen Ausstiegs aus der rechten Szene betrachtet werden – ebenso, wie Ausstieg als Teilmenge einer umfassenderen Distanzierung begriffen werden kann.[3]

Ausstiegsmaßnahmen – bei staatlichen Angeboten wird häufig der Begriff Aussteigerprogramm genutzt – werden gemeinhin als ein Angebot an Personen verstanden, die zu einem hohen Grad in extrem rechten Strukturen verankert sind und zum Teil Führungsrollen einnehmen. Die Distanzierungsarbeit hingegen kann, neben dem im vorigen Absatz dargelegten Verständnis, auch als Arbeit im Vorfeld der Ausstiegsarbeit betrachtet werden: gerichtet an Adressat:innen, die Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vertreten oder in besonderem Maße gefährdet scheinen, entsprechende Haltungen zu festigen und sich extrem rechten Strukturen anzuschließen. Die so verstandene Distanzierungsarbeit soll eine weitere ideologische Festigung und Hinwendung zu extrem rechten Milieus verhindern – und damit auch extrem rechte Gewalt- und Straftaten. Dieses Verständnis von Distanzierungsarbeit soll für die vorliegende Analyse genutzt werden.

[3] Vgl. Figlestahler, Carmen; Schau, Katja (2021): Entwicklungen, Handlungspraxen und Herausforderungen im Feld der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Land im Bundesprogramm „Demokratie leben!" in der Förderphase 2020 bis 2024, Deutsches Jugendinstitut, S. 21.

Das Förderprogramm Demokratie leben!

Demokratie leben! (www.demokratie-leben.de) ist ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Es ist eine wichtige Säule der Strategie der Bundesregierung zur Demokratieförderung und Extremismusprävention. Über die drei zentralen Handlungsfelder Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen fördert das BMFSFJ seit 2015 zahlreiche Strukturen und Modellprojekte, sowohl bundesweit als auch in den Ländern und Kommunen. Der Schwerpunkt liegt darauf, zivilgesellschaftliches Engagement für ein demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen eine Polarisierung und Radikalisierung der Gesellschaft zu unterstützen.

Ein Grund, warum die meisten Angebote keine scharfe Trennung zwischen Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit vornehmen, liegt im Vorgang der ideologischen Hinwendung selbst. Die Hinwendung zu extrem rechten Ansichten oder Milieus ist meist ein fließender Prozess. Weder für das Umfeld der Adressat:innen noch für die Mitarbeitenden in Beratungsstellen ist häufig sofort ersichtlich, wie weit eine Annäherung bereits fortgeschritten ist. Beratungsangebote sollten stets möglichst niedrigschwellig angesiedelt sein. Deswegen sollte Angehörigen oder Fachkräften, die sich hilfesuchend nach einer Beratung erkundigen, die Aufgabe abgenommen werden, den Grad der Hinwendung selbst einschätzen zu müssen. Die Nutzung der Doppelbezeichnung der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung, wie sie auch im Bundesprogramm Demokratie leben! genutzt wird, beugt diesbezüglichen Zweifeln und Unsicherheiten vor. Eine Einschätzung der konkreten Fallsituation wird dann im weiteren Verlauf von der Fachstelle selbst vorgenommen.

Zudem hat der Begriff des Ausstiegs mittlerweile einen hohen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung erreicht. Der Begriff der Distanzierung ist hingegen eher unbekannt oder zumindest nicht klar verortet. Es ist daher zu vermuten, dass Personen, die nach einem Beratungsangebot suchen, eher über den Ausstiegsbegriff fündig werden. Auch aus diesem Grund wird meist von einer scharfen Trennung der beiden Begriffe abgesehen, um so viele Menschen wie möglich zu erreichen.[4]

Gerade die Frage nach dem Grad der Hinwendung berührt auch immer wieder Aspekte des gesamtgesellschaftlichen Umgangs mit extrem rechten Ideologieelementen. Nicht nur geschieht der Einstieg in die Szene fließend. Auch die Grenze zwischen Versatzstücken menschenfeindlicher Positionen und klar als extrem rechts einzuordnender Ideologie ist oft uneindeutig. In einer Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) verwies ein befragter Berater auf diesen Zusammenhang mit den Worten:

„Und wenn man sagen würde, wir wollen ja nicht warten, bis sich das rechtsextreme Weltbild etabliert hat, ist es sinnvoll, auch zu beginnen, wenn sich eine rassistische Denkweise ausprägt. Aber der Anspruch kann ja auch nicht sein, alle Jugendlichen individuell zu bearbeiten, die in der Gesellschaft sehr weit verbreitete rassistische Denkweisen ausgeprägt haben." [5]

Wie weit verbreitet solche Denkweisen sind, ist Jahr für Jahr unter anderem in den Leipziger Autoritarismus-Studien nachzulesen: 44 bzw. 30 Prozent der Ost- bzw. Westdeutschen stimmen aktuell der Aussage zu, Sinti:zze und Rom:nja sollten aus den Innenstädten verbannt werden. 47 bzw. 24 Prozent möchten Muslim:innen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen.[6] Angesichts solcher Zahlen stellt sich die Frage, an welcher Stelle die Arbeit einer Distanzierungsberatung einsetzt und an welcher Stelle die Präventionsarbeit greifen muss.

Reine Distanzierungsarbeit, welche sich so klar wie möglich von der Ausstiegsarbeit abgrenzt, kann sich so an Personen richten, die bereits mehr oder weniger deutlich durch Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auffallen: mehr, wenn ihre Haltung schon in Gewalt oder Drohungen mündet; weniger, wenn entsprechende Positionen zunehmend bezogen und vehement verteidigt werden. Ebenfalls als potenzielle Zielgruppe können Menschen betrachtet werden, die beispielsweise aufgrund ihres Umfelds als in besonderem Maße gefährdet scheinen, sich weiter zu radikalisieren.[7]

[4] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S. 21f.

[5] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S. 21.

[6] Vgl. Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline; Schuler, Julia; Brähler, Elmar (2022): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline; Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 72.

[7] Vgl. Baer, Silke (2022): Bedarfe der Weiterentwicklung für pädagogische Interventionen zur Stärkung menschenrechtlicher und demokratischer Haltungen, cultures interactive. / Vgl. Fachstelle DisTanZierungsarbeit (2019): Konzept, Aufgaben und Herausforderungen der Distanzierungsarbeit im Umgang mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen: Abschlusspublikation des Modellprojekts „DisTanZ – Trainingsmaßnahmen für Risikojugendliche und lokal verankerte Zentren zur Radikalisierungsprävention", cultures interactive.

Begriffsklärung: Von extrem rechts bis menschenfeindlich

Ein entscheidender Aspekt der Bedarfsanalyse lag in der Benennung des abgefragten Phänomenbereichs. Der Begriff „extrem“ – wie er in „Rechtsextremismus“ oder auch bei der „extremen Rechten“ vorkommt – kann irreführend sein (siehe Kapitel 5.1.). Und das gerade dann, wenn die betrachtete Adressat:innengruppe aus Menschen besteht, die (noch) nicht ideologisch gefestigt oder sozial in extrem rechte Strukturen eingebunden sind.

Was meint der vorliegende Bericht, wenn er von der extremen Rechten spricht? Warum zieht er diese Wortwahl dem Begriff Rechtsextremismus vor? Der Begriff Rechtsextremismus entstammt maßgeblich einem (sicherheits)behördlichen Verständnis, nach dem das Hauptaugenmerk auf der Verhaltensebene liegt. Die Problematik ist in rechtswidrigem oder verfassungsfeindlichem Handeln verortet. Angesichts dieses Fokus lässt sich auch argumentieren, dass nach einem solchen Begriffsverständnis eine klare Unterscheidung zwischen einem als potenziell extremistisch eingestuften „Rand der Gesellschaft“ und einer vermeintlich gemäßigten Mitte getroffen werden kann.[8]

Im Gegensatz zu diesem Begriffsverständnis blickt der vorliegende Bericht gerade nicht ausschließlich oder vornehmlich auf die Verhaltens-, sondern vor allem auf die Einstellungsebene. Ganz explizit widmet er sich auch Einstellungen, die nicht nur an einem vermeintlich extremen Rand zu finden sind. Die Begrifflichkeit „extrem rechts“ soll eine stärkere Dynamik als der auch sicherheitsbehördlich genutzte Begriff Rechtsextremismus ausdrücken und so auf die Graubereiche zwischen gesellschaftlich weitverbreiteten Haltungen und gefestigt menschenfeindlichen Ideologien verweisen.[9]

Extrem rechtes Denken ist geprägt von Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die sich auf unterschiedliche Weise darstellen. Decker und Brähler arbeiteten sechs Dimensionen heraus: Sozialdarwinismus, eine Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus, die sogenannte Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und die Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur.[10] Die liberale Demokratie mit ihrem diskursiv-kontroversen Wertepluralismus wird abgelehnt. Damit einher geht die Forderung, grundgesetzlich geschützte Minderheitenrechte abzuschaffen. Das Völkische wird betont und die Gemeinschaft über das Individuum gestellt. Extrem rechte Orientierungen stehen dem Gleichheitsgebot der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte entgegen.[11]

[8] Vgl. Salzborn, Samuel (2018): Rechtsextremismus? Rechtsradikalismus? Extreme Rechte? Rechtspopulismus? Neonazismus? Neofaschismus?, in: Baron, Philip; Drücker, Ansgar; Seng, Sebastian (Hrsg.): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit, Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit (IDA): Düsseldorf, S. 7f.

[9] Vgl. Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin, S. 11f. / Vgl. Salzborn, Samuel (2018): Rechtsextremismus? Rechtsradikalismus? Extreme Rechte? Rechtspopulismus? Neonazismus? Neofaschismus?, in: Baron, Philip; Drücker, Ansgar; Seng, Sebastian (Hrsg.): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit, Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit (IDA): Düsseldorf, S. 8f.

[10] Vgl. Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin, S. 20f.

[11] Vgl. Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Westdeutscher Verlag GmbH: Wiesbaden, S. 30.

Um die Bandbreite extrem rechten Denkens auch für die Interviewpartner:innen der vorliegenden Analyse greifbarer zu machen, bezieht sich dieser Bericht darüber hinaus auf die Begrifflichkeit der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.[12]

Zu den Elementen dieser gruppenbezogenen Abwertung gehören unter anderem Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit sowie die Abwertung von Sinti:zze und Rom:nja, von Menschen mit Behinderung, von Obdachlosen und Asylbewerber:innen.[13] Solche Formen von Ungleichwertigkeitsvorstellungen prägen extrem rechtes Denken und können deshalb Hinweise auf die Orientierung an einer entsprechenden Ideologie bieten. Da sich diese Analyse dezidiert der Frage nach dem Umgang mit ersten Hinwendungen zu extrem rechtem Denken widmet, wurde die Bezugnahme auf Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als wichtiger Anhaltspunkt für die Interviewten erachtet.

Der vorliegende Bericht denkt bei extrem rechten Ideologien zudem Verschwörungserzählungen mit. Diese spielen seit jeher – und verstärkt seit der Corona-Pandemie – als verbindendes Querschnittsthema eine Rolle und enthalten verschiedene Elemente extrem rechten Denkens.

[12] Vgl. Heitmeyer, Prof. Dr. Wilhelm (2011): Deutsche Zustände. Das entsicherte Jahrzehnt: Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: Bielefeld.

[13] Vgl. ebd., S. 2.

2.2. Zugänge

Eine besondere Herausforderung gerade in der Distanzierungsarbeit stellt die Tatsache dar, dass bei den betreffenden Personen häufig noch keine Motivation zur Distanzierung vorliegt. Es müssen also Menschen für die Beratung gewonnen werden, die oftmals selbst noch kaum oder kein Interesse an einer solchen haben. Entsprechend ist die Frage des Zugangs im Bereich der Distanzierungsarbeit in höchstem Maße relevant und nicht einfach zu beantworten.

Der Hauptzugang zu den Adressat:innen findet in dem Arbeitsfeld über Fachkräfte der sozialen oder pädagogischen Arbeit bzw. über Menschen aus dem privaten Umfeld statt. Diese Hinweisgebenden melden sich bei Distanzierungsberatungsstellen, um sich über die Möglichkeit einer gezielten Ansprache der betreffenden Personen durch das Beratungsteam zu erkundigen. Teilweise liegt bei der Person, um die es geht, bereits eine intrinsische Motivation zur Beratung vor – zum Beispiel weil erste Zweifel oder Irritationen hinsichtlich der eigenen Ideologie aufkommen. In anderen Fällen liegt eher eine extrinsische Motivation vor, beispielsweise in Form von Druck durch die Schule, den Arbeitgeber oder die Familie. Neben diesen beiden Möglichkeiten arbeiten viele Angebote auch im Rahmen von Zwangskontexten wie richterlichen Weisungen.[14]

In Situationen, in denen zum Zeitpunkt des Erstkontakts zu der betreffenden Person bei dieser keine intrinsische Motivation vorhanden ist, muss ein Interesse an der Beratung zunächst hergestellt werden. Figlestahler und Schau[15] verweisen im Vergleich mit anderen Beratungen in Zwangskontexten, in denen zu Beginn keine Eigenmotivation besteht, auf eine unbedingt erforderliche Transparenz: Den Beratungsnehmenden muss deutlich gemacht werden, dass es sich um ein freiwilliges Angebot handelt und was das Ziel der Beratung ist. Gleichzeitig kann diese notwendige Transparenz bei den Adressat:innen eine starke Ablehnung hervorrufen und verhindern, dass ein weiterer Kontakt überhaupt zustande kommt.[16]

Findet eine Beratung anfangs tatsächlich in einem Kontext extrinsischer Motivation statt – sei es durch drohende Maßnahmen in Sportverein oder Schule, durch Druck aus dem privaten Umfeld oder im Rahmen gerichtlicher Weisungen – ist es Ziel der Gespräche, die adressierte Person längerfristig für die Beratung zu gewinnen.[17] Gerade wo ein gewisser Leidensdruck durch drohende oder bereits spürbare negative Konsequenzen vorliegt, kann durch ein passgenaues Angebot mit positiver Bewältigungsstrategie versucht werden, eine Beteiligung der adressierten Person zu erreichen.[18] Doch selbst, wenn es zunächst bei einigen wenigen Sitzungen bleibt: Es können erste Irritationspunkte gesetzt werden, die eine bestehende oder sich festigende Ideologie ins Wanken bringen oder die Adressat:innen über aktuelle Entwicklungen in ihrem Leben nachdenken lassen.

Beratende aus der Ausstiegsarbeit verweisen auf die Chancen einer zunächst auf Zwang basierenden Kontaktaufnahme. Das Beratungsangebot wird den im weiteren Verlauf potenziell aus freiwilligen Stücken kommenden Adressat:innen vorgestellt. Häufig, so die Erfahrung, wird die Weiterführung der Beratung über den Zwangskontext hinaus zunächst abgelehnt. Monate oder gar Jahre später kommen die betreffenden Personen jedoch teils erneut von sich aus auf die Beratungsstelle zu, weil sich in der Zwischenzeit Aspekte ihres Lebens geändert oder wiederkehrende Irritationen ein Umdenken angestoßen haben. An dieser Stelle zeigt sich die Bedeutsamkeit eines verstetigten Beratungsangebots: Nur dadurch wird den Adressat:innen überhaupt ermöglicht, nach einem längeren Zeitraum erneut Kontakt aufzunehmen.

Genau wie den Adressat:innen muss es den Beratenden freistehen, eine Beratung abzulehnen oder einen laufenden Prozess abzubrechen. Gründe dafür können die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Adressat:innen sein, aber auch eine potenzielle Gefährdungslage oder die Überlagerung der adressierten Problematik durch andere Themen.[19]

[14] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S. 23.

[15] Vgl. ebd., S. 24.

[16] Vgl. Fachstelle DisTanZierungsarbeit (2019): Abschlusspublikation, S. 3-4.

[17] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S. 23.

[18] Fachstelle DisTanZierungsarbeit (2019): Abschlusspublikation, S. 26.

[19] Vgl. Bayerischer Jugendring; Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus (2020): FIRE – Frühintervention Rechtsextremismus. Abschlussbericht zum Pilotprojekt in Niederbayern, München.

Ein weiterer wichtiger Zugangsweg zu den Adressat:innen ist die Arbeit mit Fachkräften und anderen Multiplikator:innen, die hauptberuflich oder im Ehrenamt potenziell mit extrem rechts orientierten Personen in Kontakt kommen. Stellen der Distanzierungsberatung bieten für diese Gruppen Informationsveranstaltungen bzw. Weiterbildungsmaßnahmen an.[20] So kann eine Sensibilisierung für die entsprechenden Themen erreicht werden. Das wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass eine Fachkraft eine Problematik zunächst als solche wahrnimmt und sich im nächsten Schritt bei Zweifeln bezüglich der eigenen Handlungskompetenz an ein Unterstützungsangebot wie die Distanzierungsberatungen wendet. Die möglicherweise bereits bestehende gute Beziehung zu der hinweisgebenden Fachkraft kann eine Basis für die Erstansprache der betreffenden Person darstellen.

Ein weiterer Zugang über Fachkräfte bzw. Einrichtungen besteht darin, dass Gruppenangebote durchgeführt werden. Das kann zum Beispiel in Form von Projekttagen an Schulen erfolgen, bei denen Kontakt zu möglichen Adressat:innen entsteht. Derartige Formate können zum einen zustande kommen, weil eine Fachkraft der jeweiligen Einrichtung bei einzelnen Adressat:innen erste Anzeichen einer Orientierung in Richtung eines extrem rechten Gedankenguts oder einer drohenden Verfestigung menschenfeindlicher Haltungen wahrnimmt. Durch ein niedrigschwelliges Angebot kann so der Erstkontakt zur betreffenden Person aufgebaut werden. Zum anderen sind anlasslose Gruppenformate möglich, bei denen während der Durchführung möglicherweise Hinwendungstendenzen einzelner Personen sichtbar werden. Auch in diesem Fall ist es möglich, die Person im Rahmen des Projekttags mit dem Ziel anzusprechen, sie für eine weiterführende Beratung zu gewinnen.[21]

Insgesamt stellt sich der Zugang zu erwachsenen Adressat:innen ungleich schwerer dar als der Zugang zu Jugendlichen. Zum einen sind Erwachsene häufig schon gefestigter in ihrem Weltbild und weniger veränderungsbereit. Zum anderen sind junge Menschen durch Regelstrukturen wie Schule, Jugendämter oder Jugendarbeit leichter erreichbar.[22] Dennoch können auch für Erwachsene Zugänge über soziale Hilfssysteme, die Justiz, den Arbeitsmarkt oder Vereine angestrebt werden.

2.3. Professionalität und Sicherheit

Im Arbeitsbereich der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung lässt sich eine hohe Professionalisierung feststellen. Die Mitarbeitenden verfügen mehrheitlich über einen Hochschulabschluss im Bereich Pädagogik bzw. Sozialwesen oder Geisteswissenschaften.[23] Darüber hinaus findet ein stetiger Fachdiskurs und Austausch zwischen den verschiedenen Beratungsstellen statt, beispielsweise im Kontext der wissenschaftlichen Begleitung innerhalb des Bundesprogramms Demokratie leben. Besonders hervorzuheben ist auch das Angebot der Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg, die eine Vernetzung und Weiterbildung der involvierten Stellen fördert. Dieser Austausch ist als wichtiges Qualitätsmerkmal anzusehen.

Zu den Qualitätsstandards des Arbeitsfelds gehören die Dokumentation und Evaluation der Beratungsprozesse, regelmäßige Fortbildungen für Mitarbeitende, Unterstützungsmaßnahmen wie Supervision und kollegiale Fallberatung sowie die bundesweite Vernetzung der im Themenfeld tätigen Stellen. Für die Beratung selbst stehen Vertraulichkeit, gute Beziehungsarbeit und Transparenz im Fokus. Darüber hinaus wird auf den Mehrwert multiprofessioneller und gemischtgeschlechtlicher Teams hingewiesen.[24]

Außerdem bedarf es gewisser struktureller Voraussetzungen, um die Einhaltung dieser Qualitätsstandards zu gewährleisten. Der Träger muss in einem Sicherheitskonzept Aspekte wie den Schutz personenbezogener Daten, sichere Kommunikation und Aktenaufbewahrung sowie den Zugriff auf angemessene Beratungsräume, in denen kein Bürobetrieb stattfindet, festhalten. Es sollte eine gesonderte Postanschrift zur Verfügung stehen. Gerade bei einer aufsuchenden Beratung in Flächenländern ist der Zugriff auf PKW, die nicht als Dienstfahrzeuge der Fachstelle erkennbar sind, oft unerlässlich.[25]

[20] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S. 19.

[21] Vgl. Distanz (o.D.): Have a „BREAK“ have a Distanzierungsprozess, Weimar./Vgl. Fachstelle DisTanZierungsarbeit (2019): Abschlusspublikation, S. 30-31.

[22] Vgl. Baer, Silke (2022): Bedarfe der Weiterentwicklung, S. 3.

[23] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S. 35f.

[24] Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ (2019): Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit, Jena.

[25] Vgl. ebd., S. 18f.

3. DISTANZIERUNGSARBEIT IN ANDEREN BUNDESLÄNDERN

In weiten Teilen des Bundesgebiets bestehen zivilgesellschaftliche Angebote der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung. Der Großteil dieser Stellen richtet sich sowohl an extrem rechte Einzelpersonen als auch an Fachkräfte, die potenziell mit solchen Personen in Kontakt kommen. Hier liegt der Fokus auf der kollegialen Fach- und Fallberatung sowie Fortbildungen. Teilweise wird auch explizit das Umfeld der Personen angesprochen.

Aktuell gibt es neben bundesweiten Angeboten zivilgesellschaftliche Stellen in elf Bundesländern, die eine direkte Einzelberatung für (extrem) rechtsaffine Personen anbieten. Daneben bestehen zum einen Stellen, die ausschließlich im Rahmen des Justizvollzugs arbeiten, zum anderen Angebote, die sich nicht direkt an extrem rechte Personen, sondern beispielsweise lediglich an Fachkräfte richten.[26] Die vorliegende Analyse befasst sich einerseits mit Angeboten, die allen Menschen offenstehende Einzelfallberatungen durchführen. Hier lassen sich wichtige Erkenntnisse vor allem in Bezug auf die Zugänge zur Adressat:innengruppe gewinnen. Andererseits werden Angebote betrachtet, die sich gänzlich oder hauptsächlich auf die Fortbildung von Fachkräften fokussieren, um diese zur Arbeit mit den jeweiligen Adressat:innen zu befähigen.

Wenngleich sich die vorliegende Bedarfsanalyse konkret den Bedarfen an Distanzierungsberatung widmet, ist im Blick auf die in anderen Bundesländern stattfindende Arbeit eine trennscharfe Unterscheidung zwischen Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit schwierig. Das liegt daran, dass die meisten Angebote wie eingangs beschrieben in beiden Feldern tätig sind und sich die bestehende Literatur dementsprechend meist auf beide Bereiche bezieht. Deshalb wird im Folgenden auf beide Arbeitsfelder Bezug genommen, da sich die Befunde daraus auch auf den enger begrenzten Bereich der Distanzierungsarbeit übertragen lassen.

[26] Übersicht siehe Anhang.

3.1. Einzelfallberatung

Die direkte Beratung richtet sich an Personen, die in unterschiedlichem Maße in extrem rechte Ideologien bzw. soziale Zusammenhänge involviert sind. Die Zielgruppe reicht also von Sympathisierenden über Mitläufer:innen bis hin zu Personen, die fest in extrem rechte Strukturen eingebunden sind. Die Beratung steht grundsätzlich allen Menschen offen, wobei ein Fokus häufig auf jungen Erwachsenen liegt.[27]

Dass die meisten Stellen sich sowohl in der Ausstiegs- als auch der Distanzierungsarbeit verorten, liegt wie eingangs erwähnt an der Schwierigkeit einer trennscharfen Unterscheidung des Einbindungsgrads der betreffenden Personen. Hinzu kommt die angestrebte Niedrigschwelligkeit: Es soll sowohl dem Umfeld als auch den Adressat:innen abgenommen werden, selbst einschätzen zu müssen, wie tief jemand bereits in extrem rechten Milieus zu verorten ist.

Die Kontaktaufnahme soll den Beratungsnehmenden so leicht wie möglich gemacht werden. Sie ist beispielsweise telefonisch, per E-Mail, Kontaktformular, Messenger-Dienst oder Chat möglich. Eines der Angebote listet Telefonkontakte zu Beratenden geschlechtsspezifisch auf. Viele Angebote weisen explizit auf die Vertraulichkeit der Gespräche und den kostenlosen Charakter hin. Meist wird eine aufsuchende Beratung angeboten, zum Teil auch Online-Beratung.[28]

Der Erstkontakt zu den potenziellen Beratungsnehmenden kommt häufig über dritte Signalgebende zu Stande, zum Beispiel durch das Umfeld oder durch Fachkräfte aus Beratungsstellen oder pädagogischen Einrichtungen.[29] Diese Form des Zugangs muss als absolut maßgeblich hervorgehoben werden. Das gilt gerade auch für den Bereich der Distanzierungs-

[27] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S. 17.

[28] Vgl. Anhang.

[29] Vgl. Kurswechsel – Ausstiegsarbeit rechts (2017): Gemeinsam den Kurs wechseln – Distanzierungsprozesse und Ausstieg aus (extrem) rechten Einstellungen und Gruppierungen unterstützen, Hamburg: CJD Nord, S. 12. / Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S.23.

arbeit, die sich meist an Personen ohne eigenes Problembewusstsein richtet. Eine Eigenmeldung ist bei ihnen höchst selten, weshalb vorranging auf den Kontakt über Dritte gesetzt wird. Aus diesem Grund stellen die Kontaktaufnahme zu und Fortbildung von potenziellen Signalgebenden auch ein Kernelement der Arbeit dar (mehr dazu in Kapitel 3.2.).

Dieser Zugangsweg birgt besonders dann großes Potenzial, wenn zwischen Fachkraft und Adressat:in bereits eine vertrauensvolle Beziehung besteht. Gerade bei Menschen, die selbst noch kein Problembewusstsein hinsichtlich ihrer Haltung entwickelt haben, kann die Ansprache durch ihnen vertraute Personen die Gesprächsbereitschaft fördern. Gute Beziehungsarbeit wird auch immer wieder als grundlegendes Kriterium für die Distanzierungsberatung selbst genannt.[30] Nachdem der Kontakt hergestellt wurde oder, wenngleich seltener, nachdem eine bereits intrinsisch motivierte Person selbst zur Beratungsstelle Kontakt aufgenommen hat, folgt eine Situationsanalyse inklusive einer eventuell notwendigen Sicherheitsanalyse.

Keine einheitliche Aussage kann über die Kommunikation der Beratungsziele getroffen werden. Gerade Stellen, die unter anderem mit Personen, die fest in extrem rechten Milieus verankert sind, arbeiten, sprechen sich für eine klare Transparenz der Beratungsziele aus. Diese spiegeln sich schon im Begriff des Ausstiegs oder im Begriff der Distanzierung wider. Die individuellen Beratungsziele werden mit den jeweiligen Beratungsnehmenden durchgesprochen und umfassen nicht nur eine Distanzierung von extrem rechten Ideologiefragmenten und sozialen Zusammenhängen, sondern teilweise auch die Bearbeitung anders gelagerter Probleme, zum Beispiel durch lebenspraktische Hilfen.[31]

Besonders Beratungsangebote, die sich im Vorfeld der Ausstiegsarbeit an Personen richten, welche eher als einstiegsgefährdet einzustufen sind oder erste Hinwendungstendenzen zur extremen Rechten zeigen, arbeiten in der Gewinnung potenzieller Adressat:innen dahingegen zum Teil nicht mit dem Ausstiegs- oder Distanzierungsbegriff. Dies liegt in der Sorge begründet, entsprechende Bezeichnungen oder die klare Formulierung des Beratungsziels als Distanzierung von extrem rechten Positionen könnten abschreckend wirken oder stigmatisieren.[32]

Mit Blick auf die in der Einzelberatung angewandte Methodik, zeigen sich in den durch das Bundesprogramm Demokratie leben! geförderten Ausstiegs- und Distanzierungsstellen drei Herangehensweisen als zentral. Die Aufarbeitung der Biografie der Beratungsnehmenden soll ein Bewusstsein für getroffene Entscheidungen und Bedürfnisse schaffen und zugleich das Vertrauen in der Beratungsbeziehung stärken. Lebenspraktische Unterstützung, beispielsweise bei der Wohnungs- und Arbeitssuche oder der Schaffung alternativer Freizeitgestaltung, wird als unverzichtbar betrachtet – gerade auch zur Stabilisierung der Lebenssituationen.

Was die dritte Komponente, die Auseinandersetzung mit ideologischen Fragmenten, anbelangt, liegen aus den letzten Jahren unterschiedliche wissenschaftliche Befunde vor. Dabei geht es hauptsächlich um die Gewichtung einer solchen Auseinandersetzung innerhalb des gesamten Beratungsprozesses.[33] Eine einheitlich anteilige Gewichtung der Ideologiearbeit ließe sich schon aufgrund der breiten Spanne an Einbindungsgraden in extrem rechte Ideologien und Szenen nur schwer festlegen. Dennoch zeigt das Ergebnis der jüngsten wissenschaftlichen Begleitung der Demokratie-leben-Programme, dass der Komponente durchweg ein zentraler Stellenwert beigemessen wird.[34]

[30] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S.25.

[31] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S.26.

[32] Vgl. Ziegler, Isabell (2022): Distanz – Distanzierungsarbeit, jugendkulturelle Bildung und Beratung: Modellprojekt „D-Netz – Netzwerke der Distanzierungsarbeit und Trainings mit rechtsextrem einstiegsgefährdeten und orientierten Jugendlichen", wissenschaftliche Begleitung des ISS, S. 5. / Vgl. Fachstelle DisTanZierungsarbeit (2019): Konzept, S. 3; 8.

[33] Vgl. Hohnstein, Sally; Greuel, Frank (2015): Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten: Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus, Halle: Deutsches Jugendinstitut, S. 150ff. / Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S.28f.

[34] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S.28f.

Ebenso lässt sich keine pauschale Aussage über die Dauer der Beratung treffen, da diese stark von den individuellen Problemlagen abhängig ist. Angebote, welche die Bereiche Ausstieg und Distanzierung umfassen, sprechen von einer sich potenziell über mehrere Jahre hinziehenden Begleitung der Adressat:innen. Im Feld der Distanzierung gibt es hingegen auch auf eine wesentlich kürzere, klar umrissene Dauer angelegte Programme, die nach ersten Einzelberatungen (teils kontrovers diskutierte) Gruppentrainings umfassen.[35] Durchweg wird in der Literatur dazu jedoch betont, dass eine Einschätzung des individuellen Falls und der jeweiligen Einbindung in extrem rechte Denkstrukturen notwendig sei.

3.2. Weiterbildung

Da Fachkräfte aus pädagogischen und anderen sozialen Einrichtungen den wichtigsten Zugangsweg zu Adressat:innen darstellen, richten sich alle Angebote der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung auch an sie. Fortbildungen sollen die Wahrnehmung der Fachkräfte schärfen, damit diese Hinwendungstendenzen zur extremen Rechten bei ihren jeweiligen Adressat:innen erkennen und bestmöglich reagieren können. Als Maßnahmen werden etwa Fachvorträge zu extrem rechten Ideologien oder Erlebniswelten angeboten.

Darüber hinaus führen viele Stellen aber auch Fortbildungen unter Fachkräften durch, um diese selbst zu befähigen, Distanzierungsprozesse bei ihren Adressat:innen anzustoßen oder zu begleiten. Diese umfassen einerseits Wissen über die extreme Rechte, andererseits aber auch die Vermittlung von Handlungsoptionen im Umgang mit Adressat:innen sowie Möglichkeiten der Gesprächsführung. Entsprechende Schulungen sind teils wesentlich umfangreicher als kurze Workshops und finden aufgeteilt auf mehrere Module statt.[36] Die angesprochenen Fachkräfte sind häufig in langfristigem Kontakt zu den betreffenden Personen und haben zudem den Vorteil, mit den lokalen Gegebenheiten vertraut zu sein.

Die meisten Fachstellen verorten ihr Arbeitsfeld gleichermaßen in der Distanzierungs- und bzw. oder der Ausstiegsberatung sowie in der Fortbildung von Fachkräften. Zudem gibt es Angebote, die sich ausschließlich oder fast ausschließlich an Fachkräfte richten und bei denen keine oder kaum direkte Beratung stattfindet. Sie sind stattdessen auf unterschiedliche Weiterbildungsformate fokussiert (siehe Anhang).

3.3. Ausstattung

Die finanzielle Ausstattung der Distanzierungs- und Ausstiegsberatungen stellt sich in den Bundesländern unterschiedlich dar. Der Korridor der Ausstattung des Gesamtvolumens der Angebote, die im Demokratie-leben-Handlungsbereich Land als Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit gefördert werden, liegt im Jahr 2023 zwischen circa 100.000 und circa 500.000 Euro pro Jahr und Bundesland.[37]

Um jederzeit eine professionelle Beratung sicherstellen zu können, empfiehlt die BAG Ausstieg zum Einstieg, die Beratung stets zu zweit durchzuführen. Des Weiteren müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine Umsetzung der Qualitätsstandards der Beratung wie in Kapitel 2.3. erwähnt ermöglichen. Der konkrete Ausstattungsbedarf ist somit von mehreren Faktoren abhängig, die je nach Bundesland, vorhandenen Strukturen und Bedarfen individuell sind. Was das für den konkreten bayerischen Fall bedeuten würde, soll im Fazit dieser Bedarfsanalyse angeschnitten werden.

[35] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen, S. 25. / Vgl. Distanz (o.D.): Infobroschüre Distanzierungstrainings: Zugänge, Ziele und Methoden./ Vgl. Vögeding, Niklas (2022): DisTanZ – Distanzierungstrainings in der Einzel- und Gruppenarbeit. In: Adrian, Laura; Haase, Volker; Heydorn, Anna; Murawa, Michél; Vögeding, Niklas; Weilnböck, Harald: Distanzierungsarbeit: Zugänge und Beispiele aus der Praxis, Berlin: cultures interactive, S. 25ff.

[36] Vgl. pro:dis Sachsen (2023): pro:dis-Modulreihe 2023: Distanzierungsprozesse begleiten. Qualifizierung zum Umgang mit Radikalisierungen bei jungen Menschen, Chemnitz: AGJF Sachsen.

[37] Korrespondenz Programmevaluation Demokratie leben!

4. BERATUNGSANGEBOT IN BAYERN

In Bayern gibt es bislang keine zentrale zivilgesellschaftliche Stelle der Distanzierungsberatung, die sich mit einem Gesprächsangebot an Menschen mit ersten Hinwendungstendenzen zur extremen Rechten wendet. Einige Einrichtungen mit ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung sind jedoch zu nennen.

Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) stellt als Kooperationsplattform der Sicherheitsbehörden ein staatliches Angebot vonseiten des Bayerischen Innenministeriums dar. Es richtet sich an Personen aus der extrem rechten Szene und andere Menschen, die extrem rechten Ideologien anhängen, die in unterschiedlichen Phasen ihres Ausstiegsprozesses unterstützt werden. Die BIGE bietet darüber hinaus Kommunen, Schulen, Vereinen und anderen interessierten Einrichtungen Schulungen und Beratung an.

Im zivilgesellschaftlichen Spektrum bestehen zum Zeitpunkt der Bedarfsanalyse wenige lokale Angebote, die sich auch an extrem rechtsaffine Personen, besonders Jugendliche, wenden. Zu nennen sind beispielsweise ein weisungsbezogenes Projekt in Augsburg[38] oder ein Projekt gegen Hass im Internet in der Oberpfalz.[39] Zudem findet sich personengebunden insbesondere in der Jugend- und Schulsozialarbeit eine stärkere Fokussierung auf den Themenbereich.

Von 2014 bis 2019 führte die LKS ein Pilotprojekt zur Erstansprache von Jugendlichen mit Affinität zu extrem rechten Ideologien im Raum Niederbayern durch. FIRE (Frühintervention Rechtsextremismus) wurde in Kooperation mit dem Polizeipräsidium Niederbayern umgesetzt und richtete sich an Jugendliche, die durch extrem rechte Agitationen erstmals in diesem Kontext auffällig und straffällig wurden. Die Maßnahme bestand aus Gesprächsangeboten zur Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie und extrem rechten Ideologieelementen. Sie erfolgte auf gerichtliche Weisung. Das Projekt lief 2019 aus.

[38] Vgl. Brücke: www.bruecke-augsburg.de

[39] Vgl. No Need for Hate: www.no-need-for-hate.de

5. INTERVIEWS ZUR BEDARFSERHEBUNG

Neben der Sichtung von Beratungsangeboten in anderen Bundesländern (siehe 3.) und Bayern (siehe 4.) basiert die vorliegende Bedarfsanalyse maßgeblich auf qualitativen Interviews mit Fachkräften aus Bayern. Mit diesen sollte ermittelt werden, wo verschiedene Fachkräfte Probleme im Umgang mit extrem rechts orientierten Adressat:innen wahrnehmen und Unterstützungsbedarfe erkennen.

5.1. Gestaltung

Einerseits wurden Fachkräfte aus verschiedenen Beratungsstellen der Sozialen Arbeit befragt, deren Kernarbeitsbereich nicht im Themenfeld Rechtsextremismus liegt. So wurden unter anderem Stellen der Suchtberatung, Mitarbeitende aus Jugendämtern, der freien Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit an Schulen oder der allgemeinen Sozialberatung sowie Sozialarbeitende im Justizvollzug angesprochen. Es war davon auszugehen, dass diese Personengruppe gelegentlich mit extrem rechten Haltungen unter ihren Adressat:innen konfrontiert ist, die Bearbeitung der Problematik jedoch aufgrund ihres anderen Arbeitsschwerpunkts als zum Teil schwierig wahrnimmt.

Bei der zweiten Gruppe der Befragten handelte es sich um Stellen, die innerhalb einer Einrichtung mit dem Themenfeld der extremen Rechte im weitesten Sinne betraut sind, beispielsweise als Verantwortliche für den Bereich politische Bildung. Dies beinhaltete auch Stellen in Vereinen und Verbänden. Es wurde angenommen, dass sich Fachkräfte und Ehrenamtliche innerhalb der jeweiligen Strukturen an diese Stellen wenden, wenn sie mit extrem rechts orientierten Personen konfrontiert sind und sich selbst als nicht hinreichend handlungsfähig wahrnehmen. In manchen Fällen waren die befragten Personen auch für die Ausbildung von Multiplikator:innen innerhalb der Einrichtung verantwortlich.

Bei der Auswahl der Befragten wurde darauf geachtet, möglichst Personen anzusprechen, die entweder als Verantwortliche in leitender Funktion einen Überblick über eine Vielzahl an Fällen haben oder umfangreiche Beratungserfahrung vorweisen können. Vereinzelt wurde von dieser Vorgabe abgewichen, um Bereiche abzudecken, die ansonsten Leerstellen geblieben wären. Des Weiteren wurden sowohl zivilgesellschaftliche Stellen als auch Personen in behördlichen Strukturen interviewt.

Ein weiteres Augenmerk in der Auswahl der interviewten Personen lag auf der Geografie. Es sollten Stellen in ganz Bayern befragt werden. Daher wurden Interviewpartner:innen aus allen Regierungsbezirken und aus ländlichen sowie städtischen Gegenden ausgewählt. Ebenfalls beachtet wurde eine nahezu ausgewogene Verteilung der Interviews auf weiblich und männlich gelesene Personen.

Der Kontakt zu den Interviewten wurde auf unterschiedliche Weise hergestellt. Zum einen wurden Stellen angesprochen, die der LKS aus verschiedenen Arbeitszusammenhängen bekannt waren. Hier kann davon ausgegangen werden, dass die Interviewten durch den vorhandenen Kontakt gegebenenfalls bereits stärker für die untersuchten Phänomene sensibilisiert waren und dass ihnen das Arbeitsfeld der LKS bekannt war. Zur Mehrheit der Interviewpartner:innen kam der Kontakt jedoch nicht direkt über die LKS zustande: Teilweise wurden Interviewpartner:innen von anderen Stellen im Themenfeld empfohlen, teilweise Stellen im Internet gesucht, für deren Arbeitsfeld und/oder geografische Lage noch Repräsentant:innen fehlten. Das Landesjugendamt leitete die Anfrage zudem an die bayerischen Jugendämter weiter. Über diesen Weg ergaben sich mehrere Interviews. Der so zusammengesetzte Pool an Interviewpartner:innen wies somit nicht nur sehr verschiedene Arbeitsbereiche, sondern auch unterschiedliches Wissen über die besprochene Thematik auf.

Zwischen Februar und Mai 2023 wurden insgesamt 23 Interviews online per Videokonferenz oder in Präsenz durchgeführt. Der Rahmen, der schon durch den begrenzten Zeitraum der Analyse gesteckt war, macht deutlich, dass die Aussagen nicht die Erfahrungen aller Fachkräfte aus der Sozialen Arbeit in Bayern abbilden können. Quantitative Ergebnisse waren entsprechend nicht das angestrebte Ziel der Analyse. Eine möglichst große Heterogenität der Interviewten sollte den Einschränkungen entgegenwirken. Die bereits nach den ersten Interviews deutlich werdenden inhaltlichen Überschneidungen ließen zudem schnell auf gewisse Problematiken und Herausforderungen schließen, die den Alltag vieler Beratender prägen.

Der Fragenkatalog der Interviews fokussierte einerseits auf die Erfahrungen der Fachkräfte: Beispielsweise wurden sie gefragt, mit welchen Phänomenbereichen extrem rechten Denkens sie konfrontiert sind, wie sie in den Situationen reagieren und wo sie Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit wahrnehmen. Andererseits wurden Fragen gestellt, mit denen konkrete Bedarfe ermittelt werden sollten: etwa Fragen über Einsatzmöglichkeiten und Ausgestaltungsoptionen einer potenziellen Beratungsstelle und nach einem möglichen Unterschied zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Angeboten.

Nach der Transkription der Aufnahmen konnte mit der Auswertung begonnen werden. Die anonymisierten Texte wurden kodiert, wobei sich die veranschlagten Kategorien sowohl aus der Fragestellung der Analyse als auch aus den Erkenntnissen der Interviews selbst ableiteten. Hauptaugenmerk lag dabei auf drei Schwerpunkten:

1. Inwiefern sind die Befragten mit Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert?

2. Wie gehen sie in solchen Situationen vor bzw. vor welcher Problematik stehen sie dabei?

3. Fehlt ihnen in Bayern ein entsprechendes zivilgesellschaftliches Unterstützungsangebot?

Zwar wurden hinsichtlich der möglichen Antworten der Interviewgebenden, basierend auf vorhandener Literatur sowie den Erfahrungen der LKS, Vorannahmen getroffen – beispielsweise die, dass Fachkräfte immer wieder Kontakt zu Personen mit Affinität zu extrem rechten Ideologien haben und es oftmals an Kapazitäten und/oder Wissen zum Umgang damit sowie an Handlungssicherheit fehlt. Dies zeigen Erfahrungen der Mobilen Beratung sowie der Familien-, Umfeld- und Elternberatung F.U.E.R. Doch entsprechend sowohl des Arbeitsauftrags der Bedarfsanalyse als auch einer Grounded-Theory-basierten Vorgehensweise[40] war die Analyse gänzlich ergebnisoffen, was den konkreten Bedarf an Angeboten der Distanzierungsarbeit anbelangte.

[40] Vgl. Strübing, Jörg (2018): Qualitative Sozialforschung: Eine komprimierte Einführung, Oldenburg: De Gruyter, S. 121ff.

Der genutzte Interviewleitfaden orientierte sich an den oben genannten drei Fragekomplexen, wurde allerdings nach den ersten Interviews modifiziert, nachdem sich erste scheinbar entscheidende Hinweise herauskristallisierten. Außerdem wurde die Beschreibung des Forschungsvorhabens gegenüber den Interviewteilnehmenden nochmals konkretisiert. Denn es zeigte sich in den ersten Gesprächen, dass die Interviewpartner:innen unter der Bezeichnung „extrem rechts“ häufig lediglich strafrechtsrelevantes oder anderweitig hochgradig radikalisiertes Verhalten und Auftreten verstanden. So griffen die Arbeitsschritte Datengewinnung, Datenanalyse und Theoriebildung immer wieder ineinander.[41]

Innerhalb beider Befragtengruppen erwies es sich in der Auswertung als großer Mehrwert, dass sich die alltägliche Praxis der Arbeit und ihre Herausforderungen einerseits im weitesten Sinne ähnelten. Das ermöglichte eine bessere Vergleichbarkeit. Andererseits konnten im Einzelnen aber doch Unterschiede herausgearbeitet werden. Anhand dieser Unterschiede wurde auch eine größere Bandbreite dessen deutlich, was den Befragten in ihrem Arbeitskontakt mit den jeweiligen Adressat:innen fehlt und welche Formate der Distanzierungsarbeit nutzbringend erscheinen.

Basierend auf den ersten Ergebnissen der Einzelinterviews wurde im Anschluss ein Gruppeninterview konzipiert, das einige Aspekte erneut im Detail aufgreifen und zur Diskussion stellen sollte. Sechs Fachkräfte nahmen an diesem Online-Gespräch teil. Sie alle waren bereits in Einzelinterviews befragt worden. Bei der Planung des Gruppeninterviews wurde darauf geachtet, unterschiedliche Arbeitsbereiche[42] zu berücksichtigen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Kompetenz- und Handlungsbereichen der Fachkräfte herausarbeiten zu können.

[41] Vgl. ebd., S. 125-126.

[42] Suchthilfe, Jugendhilfe im Strafverfahren, offene Jugendarbeit, Radikalisierungsprävention.

5.2. Ergebnisse

Zur Darstellung der Ergebnisse der Interviews bietet es sich an, zunächst auf die aktuell vorherrschende Situation im Beratungsalltag der Befragten einzugehen. In einem zweiten Schritt kann dann ein Bild davon gezeichnet werden, wie eine Distanzierungsberatungsstelle in Bayern aus Sicht der Interviewpartner:innen aussehen sollte. Verschränkt wird diese Perspektive mit dem in Kapitel 3. dargestellten Erkenntnissen und Arbeitsweisen aus anderen Bundesländern.

5.2.1. Zustand und Bedarfe

Phänomene und Frequenz

Beratungsstellen, Verbände und Vereine sind wie erwartet mit diversen Phänomenen und Versatzstücken extrem rechter Ideologien konfrontiert. Die Interviewten nannten Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, rassistisch konnotierten Sozialneid, Queerfeindlichkeit, Ultranationalismus, Referenzen zum Nationalsozialismus, Reichsbürger:innen und vereinzelt auch extrem rechte Esoterik. Darüber hinaus berichteten sie von Verschwörungsmythen als Querschnittsthema. Teilweise sind Zusammenhänge zwischen lokal aktiven extrem rechten Gruppierungen und dem vermehrten Auftreten bestimmter Ideologiefragmente feststellbar. Das heißt: Sind in einer Region eine oder mehrere Gruppierungen aktiv, lassen sich deren ideologische Inhalte dort zum Teil häufiger feststellen.

Den in den Interviews befragten Personen begegnen diese Ideologien auf unterschiedliche Weise. Bei Fachkräften, die mit Jugendlichen arbeiten, geht es vor allem in den Bereichen Schule und Strafverfahren häufig um Chatgruppen und Beiträge in den sozialen Medien. Beratungsstellen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten treffen in Beratungssituationen oft auf entsprechende Äußerungen, die meist eher nebenbei fallen und nicht Kernthema des Gesprächs sind. Übergeordnete Stellen, etwa in Verbänden, werden von Fachkräften und Ehrenamtlichen, beispielsweise aus der Jugend- oder Vereinsarbeit, um Rat gebeten, wenn diese mit Äußerungen konfrontiert sind und sich selbst als nicht ausreichend handlungsfähig wahrnehmen.

Wie regelmäßig Fachkräfte mit extrem rechten Äußerungen konfrontiert sind, lässt sich nur schwer ausmachen. Das hat mehrere Gründe, die häufig in den Organisationsstrukturen selbst begründet liegen. Viele Interviewte aus der Sozialen Arbeit konnten keine Aussage zur Häufigkeit einer Konfrontation mit extrem rechtem Gedankengut treffen, da die entsprechenden Vorkommnisse nicht Teil ihres eigentlichen Arbeitsauftrags sind und deshalb auch nicht vermerkt oder anderweitig aufgezeichnet werden. Einige konnten Fälle beziffern, bei denen es konkret um extrem rechte Themen ging. Sie merkten jedoch an, dass Fälle, in denen extrem rechtes Gedankengut keine Hauptrolle spielte, dabei nicht mitgezählt seien.

Vernetzende oder übergeordnete Stellen sind ihrerseits zunächst darauf angewiesen, dass sich die betreffenden Personen vor Ort überhaupt bei ihnen melden. Nur in diesem Fall würden sie von einem Vorfall erfahren und könnten entsprechend Hilfestellung leisten. Die Interviews machten deutlich, dass hier eine gewisse Zurückhaltung herrscht: Oft kommen entsprechende Vorfälle bei diesen Stellen ihrer Einschätzung nach gar nicht erst an. Die sich potenziell bei ihnen meldenden Fachkräfte oder Ehrenamtlichen in der direkten Beratungs-, Jugend- oder Vereinsarbeit kontaktieren sie bis auf wenige Ausnahmen häufig erst, wenn ein hohes Eskalationslevel oder eine anhaltend starke Frequenz an Vorkommnissen erreicht ist. Deshalb bleiben hier wohl sehr viele Fälle unter dem Radar.

Dementsprechend sind alle in den Interviews abgegebenen Schätzungen der Anzahl an Vorkommnissen unter dem Vorbehalt der oben genannten Verzerrungen zu sehen. Deswegen überrascht es auch nicht, dass die Interviewten sehr unterschiedlich hohe Zahlen nannten: von mehreren Vorfällen pro Woche oder Monat bis hin zu wenigen pro Jahr – oder von wenigen bis hin zu gar keinen Meldungen, gerade bei übergeordneten Stellen. Die Befragten äußerten mehrfach die Wahrnehmung, dass sich das Fallaufkommen durch die Corona-Pandemie stark intensiviert habe.

Reaktionen und Handlungsspielräume

Wie auf Vorfälle reagiert wird, hängt mit dem Phänomenbereich selbst, der Einschätzung der Beteiligten vor Ort und strukturellen Vorgaben zusammen. Wo Personen eher einmalig durch entsprechende Äußerungen auffallen oder diese Äußerungen als nicht durch eine ideologische Festigung motiviert eingeschätzt werden, sprechen Fachkräfte der Sozialen Arbeit dies häufig kurz an: Sie äußern ihren Unmut darüber oder fragen nach. Eine tiefergehende Behandlung der Thematik im Einzelfall erachten die Fachkräfte hier meist als nicht notwendig oder nicht möglich. Oft spielen begrenzte zeitliche Ressourcen eine Rolle.

Besonders in den Interviews mit Fachkräften aus der Jugendarbeit fiel auf, dass sich ihre Reaktion stark danach richtet, inwieweit sie die Jugendlichen als ideologisch gefestigt einstufen: Häufig sprechen sie von einer „Provokation", wenn Jugendliche ihrer Einschätzung nach keine tiefergehende Kenntnis über extrem rechte Ideologien haben, sondern durch extrem rechts oder rechtsaffine Äußerungen in irgendeiner Weise auffallen wollen. Die Unterscheidung zwischen der Annahme einer bloßen Provokation und einer gefestigten Weltsicht lässt darauf schließen, dass auch die Reaktion unterschiedlich ausfällt.

In den Interviews wurde deutlich: Vorfälle, die als Provokation kategorisiert werden, ziehen oftmals nicht die Einschätzung nach sich, mit den betreffenden Jugendlichen tiefergehend oder längerfristig über derartige Ideologien sprechen zu müssen. Tatsächlich kann in der Arbeit gerade mit noch in der Entwicklungsphase befindlichen jungen Menschen nicht nur der jeweilige Grad der Hinwendung, sondern auch das Hinwendungsmotiv einen wichtigen Aspekt bei der Bearbeitung der Problemlage darstellen.[43] Doch Erfahrungen aus der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit zeigen gleichzeitig, wie wichtig es ist, auch auf Provokationen zu reagieren, um Jugendliche in einer Orientierungsphase so früh wie möglich aus dem Hinwendungsprozess abholen zu können.[44] Es ist

[43] Vgl. Glaser, Michaela (2012): ‚Rechtsextremismus' – eine Begriffsdiskussion. Kontaktstelle BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus, S. 10f.

[44] Vgl. Baer, Silke (2022): Bedarfe der Weiterentwicklung, S. 5.

> *„[…] das macht dann […] unsicher, wenn ich merke,* ***eigentlich würde ich jetzt gern da reingrätschen, weil ich schon ganz persönlich nicht aushalte, wenn solche Äußerungen getroffen werden.*** *Aber inwieweit kann ich mir das in meiner Aufgabe erlauben überhaupt?"*

davon auszugehen, dass nicht alle Fachkräfte aus der Sozialen Arbeit und gewiss nicht alle Berufs- und Ehrenamtsgruppen, die mit Menschen arbeiten, über tiefergehende Kenntnisse zu individuellen Radikalisierungsverläufen verfügen. Dementsprechend kann es hier zwangsläufig zu Fehleinschätzungen kommen, die dazu führen, dass vorhandene Problemlagen nicht hinreichend bearbeitet werden.

In Beratungssituationen sehen Fachkräfte ihre Möglichkeiten für eine tiefergehende Bearbeitung der geäußerten Affinität zur extremen Rechten auch durch den jeweils akuten Arbeitsauftrag begrenzt.[45] Die Beratungsnehmenden suchen sie oft in finanziellen oder psychischen Notlagen auf, welche dann ganz konkret Thema der Beratung sind. Fallen nebenbei diskriminierende Äußerungen oder Äußerungen, die auf Sympathien mit extrem rechten Ideologien hinweisen, sind diese zunächst nicht Teil des Beratungsauftrags – zumindest nicht, solange sie die Situation, die Gegenstand der Beratung ist, nicht zusätzlich negativ beeinflussen.

> *„Es ist nicht unsere Aufgabe tatsächlich. […]* ***Wir machen schon mehr, als wir eigentlich machen sollten*** *[…], aber das würde unser Zeitbudget so überschreiten, dass wir zu unserer eigentlichen Aufgabe nicht mehr kommen […]."*

[45] Vgl. Meysen et al. (2022): Fachliches Handeln zum Wohl von Kindern und Jugendlichen im Kontakt mit „anderer", fundamentalistischer und radikaler Religiosität und Weltanschauung. Handlungsempfehlungen aufbauend auf zentralen Erkenntnissen des Projekts „Radikal, fundamentalistisch, anders – Fachkräfte im Kontakt (RaFiK)", SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies; DJI Deutsches Jugendinstitut, S. 125.

[…] wenn es darum geht, ***dass eine Familie einfach wieder auf die Beine kommt, weil es massive Erziehungsschwierigkeiten gibt,*** *[…] dann ist das erst mal der Hauptpunkt. Und da ein konkretes Angebot [der selbst durchgeführten Distanzierungsarbeit] zu machen,* ***das würde die Kompetenzen überschreiten und auch das Fallziel, das vorgegeben ist.“***

Um dies greifbar zu machen: Geht es beispielsweise bei einer Elternberatung im Jugendamt um ein völlig anders gelagertes Thema, wären rassistische Äußerungen, die eher nebenbei fallen, wohl erst tiefergehend bearbeitungsrelevant, wenn darin eine mögliche Kindeswohlgefährdung befürchtet würde. Und auch in einer Sucht- oder Sozialberatung wären die drängenden Probleme, wegen derer die Beratungsstelle aufgesucht wird, der Arbeitsauftrag der jeweiligen Stellen. Damit extrem rechte Ideologien der Beratungsnehmenden tatsächlich in den Fokus rücken würden, müssten diese bereits in einer starken Intensität wahrgenommen werden.

Doch selbst bei Fachkräften, deren Arbeitsbereich das Themenspektrum extreme Rechte umfasst und die in diesem Zuge Einzelgespräche mit extrem rechtsaffinen Adressat:innen führen, birgt der konkrete Arbeitsauftrag teils Grenzen. So schilderten drei Fachkräfte, dass sie zwar durchaus Einzelfallberatung anbieten und auch im Themenfeld sachkundig sind, sie jedoch nur auf Bitten der jeweiligen Einrichtungen in die Beratungssituation gehen könnten. Wäre die Unterstützung nicht oder nicht mehr erwünscht oder würde aus Kapazitätsgründen nicht mehr angefragt, könnten sie keine weitere Beratung durchführen. Gleichzeitig seien auch nicht genügend Kapazitäten ihrerseits vorhanden, sollten sie Beratung tatsächlich entsprechend der punktuell durchaus vorherrschenden Notwendigkeit langfristig durchführen.

Also ehrlicherweise ist es so, dass dann oft im Vordergrund steht: ***Die Mutter hat schon heulend hier angerufen;*** *das müssen wir erst mal besprechen.* ***Oder die Freundin ist schwanger oder andere Dinge, die es einfach überschatten.“***

Beratende in der Sozialen Arbeit sehen die Begrenzung ihrer Möglichkeiten auch in ihrem Selbstbild als Beratende, die nicht wertend Unterstützung leisten, begründet. Ein Tätigwerden zu einer Thematik, die nicht im Fokus ihrer jeweiligen Beratung steht, kann als politische Positionierung verstanden werden. Es fällt einigen Fachkräften schwer, hier eine Balance zwischen der Erfüllung des Auftrags und der Möglichkeit, darüber hinaus Hilfestellung anzubieten, zu finden. Ein Interviewteilnehmer aus einer Behörde erklärte zu diesem Aspekt ergänzend, dass bei einigen Fachkräften auch die Befürchtung von Beschwerden bei ihren Vorgesetzten oder gar einer persönlichen Bedrohung mitschwinge, sollten sie die empfundene Grenze ihres Arbeitsauftrags überschreiten.

Ist das noch neutral?

Fachkräfte, die mit extrem rechten Aussagen und Verhaltensweisen konfrontiert sind, befürchten häufig, das Prinzip eines wertneutralen Umgangs mit ihren Adressat:innen durch eine Positionierung zu verletzen. Eine solche ist jedoch dringend geboten. *„Soziale Arbeit ist nicht neutral, sondern dem sozialpolitischen Ausgleich und den Grundrechten verpflichtet.“*[46] Sie ist an den Menschenrechten orientiert und tritt für eine menschenwürdige Gesellschaft und gegen Diskriminierung ein.[47] Entsprechend dieser Grundprinzipien ist es durchaus Aufgabe sozialarbeiterischen Handelns, menschenverachtenden Positionen entgegenzutreten und diese nicht aus einer falsch verstandenen Neutralität heraus unwidersprochen zu lassen.

Auch Interviewte aus dem Bereich der Vereins- oder Gewerkschaftsarbeit schilderten mehrfach eine Zurückhaltung der involvierten Person vor Ort, wenn entsprechende Ideologien in geringer Intensität zutage treten: Solange eine Person ihrer Arbeit zufriedenstellend nachkommt bzw. sich im Vereinsleben gut anpasst, wird meist erst ab einer relativ hohen Eskalationsstufe eingegriffen. Ausnahmen sind dort möglich, wo sich vereinzelt besonders für Demokratie und Zivilgesellschaft engagierte Menschen in den Strukturen vor Ort befinden, die das Thema aufgreifen.

Der Erfahrung dieser Stellen nach bleiben Vorkommnisse wie diskriminierende Witze oder nebenbei gefallene Bemerkungen zunächst oft weitestgehend unbeachtet. Manchmal ist dies auf eine zu geringe Sensibilisierung der Involvierten vor Ort zurückzuführen. Dies scheint gerade in nicht pädagogischen Zusammenhängen der Fall zu sein, etwa in Vereinen oder an Arbeitsplätzen, an denen die unterschiedlichsten Menschen zusammenkommen. Neben fehlender Sensibilisierung spielen hier auch sozialer Zusammenhalt und Gruppenloyalität eine Rolle. Gleichwohl positionieren sich viele Stellen aus diesem Bereich auf Verbandsebene klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und sind bemüht, interne Strukturen zur Umsetzung dieser Positionierung zu stärken. Im Umgang mit extrem rechten Tendenzen spielen in diesem Feld stets auch juristische Abwägungen eine Rolle.

Ob in einer Situation eine Handlungsnotwendigkeit erkannt wird, hängt den Interviews zufolge auch stark mit dem jeweiligen Phänomen zusammen. Mehrmals wurde deutlich, dass direkte Bezüge zum Nationalsozialismus, die auch klar als solche erkennbar sind, die Alarmglocken der Beteiligten schrillen lassen. Hier wurden in den Gesprächen eine starke Sensibilisierung und der Drang, etwas zu unternehmen, beschrieben. Anders verhält es sich dort, wo die Grenzen zwischen einer klaren Hinwendung zu extrem rechtem Gedankengut und gesellschaftlich weitverbreiteten diskriminierenden Haltungen verschwimmen.

[46] *Ehlert, Gudrun; Radvan, Heike; Schäuble, Barbara; Thiessen, Barbara (2020): Verunsicherungen und Herausforderungen. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus und Antifeminismus in Hochschule und Profession, Sozial Extra 44 (2), S. 103.*

[47] *Vgl. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (2014): Berufsethik des DBSHS, Forum Sozial 4, S. 27.*

In Fällen, in denen die Beteiligten vor Ort die Möglichkeit haben und die Notwendigkeit sehen, zu reagieren, ist den befragten Vernetzungsstellen zufolge bei pädagogischen Fachkräften der Anspruch festzustellen, problematische Situationen zunächst eigenständig lösen zu wollen. Gelingt dies nicht oder nicht in zufriedenstellendem Maße, kann währenddessen einige Zeit vergehen und sich die Problematik damit verfestigen – bis schließlich eine unterstützende Stelle gesucht und angesprochen wird.

Wurde vor Ort oder auch innerhalb der Verbandsstrukturen bereits verstärkt Aufklärungs- und Fortbildungsarbeit geleistet, können die Fachkräfte laut Einschätzung der Befragten viele Situationen gut selbst bearbeiten. Dies betrifft gerade Fälle, in denen es in den Augen der Involvierten vor allem grundsätzlicher pädagogischer Vorgehensweisen bedarf, um mit der betreffenden Person über den Hintergrund ihrer Äußerungen zu sprechen. Eine in einer Großstadt tätige vernetzende Fachstelle äußerte die Wahrnehmung, Fachkräfte in der Jugendarbeit könnten mit ersten Hinwendungstendenzen meist gut umgehen. Der Befragte schränkte jedoch ein, dies sei gerade im städtischen Raum mit zahlreichen Angeboten und einer hohen Vernetzung der Fall. In ländlichen Gegenden sei die Erfahrung hingegen eine andere. Der Interviewte äußerte vielmehr den starken Wunsch nach einer zivilgesellschaftlichen Fachstelle, die auch für ideologisch gefestigte Jugendliche zuständig ist.

Ähnlich schätzte eine weitere Fachkraft aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit im städtischen Bereich den Bedarf ein: Erste Hinwendungsindikatoren könnten fachlich gut abgefangen werden. Bedarf bestehe eher dort, wo sich die Ideologie bereits stärker verfestigt habe. Die befragte Person schränkte zudem ein, dies sei bei weitem nicht in allen Einrichtungen möglich, da es häufig an zeitlichen Kapazitäten fehle. Auch Räumlichkeiten für Einzelgespräche seien oft nicht ausreichend vorhanden.

Neben der Wahrnehmung, viele Fachkräfte könnten entsprechende Situationen vor Ort gut lösen, wurde dennoch mehrfach die Erfahrung geschildert, dass derartige Fälle auch auf Fachkräfte häufig lähmend oder überfordernd wirken. Interviewte beschrieben, sich nicht als ausreichend sachkenntlich dafür einzuschätzen und in der direkten Konfrontation mit extrem rechter Ideologie dementsprechend zum Teil nicht handlungs- oder sprechfähig zu sein. Schon die Einschätzung darüber, ob Handlungsbedarf besteht, wie gefestigt eine beginnende ideologische Hinwendung möglicherweise bereits ist und welche Option davon ausgehend in Erwägung gezogen werden könnten, bereitet teilweise Schwierigkeiten.

Insgesamt ging die Einschätzung, wie gut man als Fachkraft in den entsprechenden Fällen reagieren kann, weit auseinander. Deshalb wurde der Aspekt im Gruppeninterview erneut zur Diskussion gestellt. Hier präzisierten die Befragten, dass sie die Handlungsfähigkeit vom eigenen Vorwissen zur Thematik, von der zur Verfügung stehenden Zeit sowie von den räumlichen Gegebenheiten und von der individuellen Beziehung zu den jeweiligen Adressat:innen abhängig machen: Bestehe hier bereits eine starke, vertrauensvolle Beziehung, könne man Bedenken offener ansprechen. Befinde sich die Beziehung hingegen noch im Aufbau, könne die Thematisierung von Problemlagen, die darüber hinaus nicht dem Hauptanliegen der Beratung entsprechen, zum Gesprächsabbruch und zu einem nachhaltigen Vertrauensverlust führen.

Interviewte Beratende betonten mehrfach, ihrem Beratungsauftrag auch dann professionell nachkommen zu können, wenn ihnen missfallende extrem rechte Äußerungen im Spiel gewesen seien. Andere Untersuchungen widmeten sich nuancierter der Frage, inwiefern auch an dieser Stelle Beratungshemmnisse, Unsicherheiten und Ablehnung eine Rolle spielen können. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass hier nicht lediglich die Professionalität der Beratenden zu berücksichtigen ist, sondern beispielsweise auch ihre Fremdverortung im sozialen Gefüge: Menschen mit tatsächlicher oder ihnen zugeschriebener internationaler Familiengeschichte etwa kann der Zugang zu extrem rechts eingestellten Menschen auch ohne eigenes Zutun völlig verschlossen bleiben.[48] Auch wenn Fachkräfte ihrem Selbstverständnis nach eine professionelle Beratung anbieten möchten, können so individuelle Hindernisse bestehen.

[48] Meysen et al. (2022): Fachliches Handeln, S. 60 f.

Anlaufstellen

Die Mehrheit der interviewten Personen konnte auf Nachfrage mindestens eine konkrete Stelle nennen, an die sie sich bei Vorfällen mit extrem rechtem Hintergrund bei Bedarf wenden würde. Am häufigsten wurde die Mobile Beratung mit ihren Regionalbüros genannt. Es folgten lokale Beratungsstrukturen, die allerdings oftmals nicht oder nicht ausschließlich im Phänomenbereich Rechtsextremismus tätig sind (sondern zum Beispiel im Bereich Radikalisierungsprävention oder Gleichstellung), oder das eigene Team bzw. der eigene Verband. Besonders betont wurde der Wunsch, gegebenenfalls mit lokal verankerten Stellen zu sprechen, da diese nicht nur mit den Strukturen vor Ort vertraut, sondern auch persönlich verfügbar seien.

Dass gerade die Mobile Beratung besonders häufig genannt wurde, ist möglicherweise zum Teil durch die Auswahl der Gesprächspartner:innen beeinflusst. Acht der 23 Interviews ergaben sich aus bestehenden Kontakten der LKS oder ihres Trägers, des Bayerischen Jugendrings (BJR). Es ist davon auszugehen, dass die Mobile Beratung als bei der LKS angesiedeltes Angebot in den entsprechenden Einrichtungen bekannter ist als in Institutionen, die in keiner Verbindung zur LKS oder zum BJR stehen. Gleichwohl wurde die Mobile Beratung nicht ausschließlich von jenen Interviewten als Anlaufstelle genannt.

Bei den Antworten auf die Frage nach weiteren Anlaufstellen wurden auch Angebote aufgeführt, die selbst nicht oder nur wenig auf die Beratung von Fachkräften spezialisiert sind, die Kontakt mit extrem rechten Personen haben. Einigen Befragten waren auch gar keine diesbezüglichen Anlaufstellen bekannt. Anschließend wurde in den Interviews oft noch einmal nachgefragt, ob die Befragten von anderen Beratungsstellen wüssten, an die sie Menschen mit extrem rechten Hinwendungstendenzen direkt weiterverweisen könnten. Auch hier waren entweder keine Stellen bekannt oder es wurde auf bestehende Angebote verwiesen, die jedoch bei genauerem Hinsehen gar keine direkte Beratung anbieten.

Wo Befragten keine Anlaufstellen bekannt waren, hatte dies unterschiedliche Gründe. Einige Interviewte gaben an, bereits erfolglos nach entsprechender Hilfestellung gesucht zu haben. Sie hätten mehrfach besonders junge Menschen gerne an eine Beratungsstelle weiterverwiesen, jedoch kein Angebot vor Ort gefunden. Andere Befragte hingegen sahen bisher keinen Bedarf an weiterführender Beratung und hatten sich deshalb noch nie nach entsprechenden Stellen erkundigt. Im Verlauf der Gespräche wurde jedoch deutlich, dass die Einschätzung, es bestünde kein Bedarf, teilweise damit zusammenhängt, dass das Konzept der Distanzierungsberatung grundsätzlich unbekannt war. Befragte, die sich bisher wenig bis gar nicht mit dem Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinandergesetzt hatten, räumten ein, womöglich auch deshalb keinen Bedarf gesehen zu haben, weil es an Sensibilisierung für das Thema mangelte oder ihnen nicht in den Sinn kam, dass entsprechende Beratungsstellen existieren und in solchen Fällen angesprochen werden könnten.

In wenigen Fällen wurden konkrete Personen vor Ort benannt, die möglicherweise zur Verfügung stehen könnten, zum Beispiel Polizist:innen oder Sozialarbeiter:innen. Vereinzelt wurden die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) und der bundesweit tätige Verein EXIT als Anlaufstellen erwähnt. Fachkräfte, die hier eine Hilfestellung verorteten, räumten jedoch ein, sie würden diese erst ab einem gesteigerten Schweregrad hinzuziehen. Eine der befragten Personen sagte, eine „Aussteigerstelle“ zu kontaktieren, wenn jemand als anfänglich extrem rechts orientiert auffällt, würde sich anfühlen, wie „mit Kanonen auf Spatzen zu schießen“. Mehrere Interviewte teilten dieses Gefühl. Sie schilderten, die entsprechenden Stellen als ansprechbar wahrzunehmen, wenn jemand bereits fest in einer extrem rechten Szene verankert ist und diese verlassen möchte. Das sei jedoch bei den Adressat:innen, um die es in der Distanzierungsarbeit geht, meist nicht der Fall.

Wenngleich Angebote wie die BIGE oft nicht so in ihrem Angebot begrenzt sind, wie es von den Interviewten teils wahrgenommen wird, scheint mit dem Begriff „Ausstieg“ genau dieses Bild verbunden zu sein: Aussteigen kann nur jemand, der bereits fest eingestiegen ist. Einige Befragte äußerten nicht nur die Vermutung, hier nicht bei der richtigen zuständigen Stelle zu sein, sondern auch die Sorge, Klient:innen damit zu verschrecken. In der direkten Beratung von Menschen mit teils schwerwiegenden Problemlagen ist der Auf-

bau einer vertrauensvollen Beziehung Grundlage aller weiteren Schritte. Vereinzelt zeigten sich erfahrene Beratende deshalb grundlegend kritisch gegenüber dem Gedanken, eine solche Beziehung womöglich aufs Spiel zu setzen, weil man jemandem unterstelle, derart extrem rechts ideologisch gefestigt zu sein, dass man eine „Aussteigerhilfe“ zurate ziehen müsse.

Angebotslücken

Wie bereits beschrieben äußerten mehrere Befragte die Wahrnehmung, keinen offenen Bedarf an Angeboten in dem Themenfeld zu erkennen. Sie relativierten diese Einschätzung jedoch im Verlauf des Gesprächs. Diese Beobachtung deckt sich mit einem Phänomen, das in ähnlichen Situationen immer wieder zutage tritt: Wo kein Angebot besteht, wird kein Bedarf gesehen.[49] Anlaufstellen wie Distanzierungsberatungen müssen im jeweiligen Einzugsgebiet zunächst bei den potenziell nutzenden und vernetzenden Stellen bekannt gemacht werden, damit man sie auch zurate zieht. Bis zu diesem Punkt finden, wie die Interviews bestätigten, entsprechende Situationen oft nur soweit Beachtung, wie es die eigene Sensibilisierung, der Arbeitsauftrag und zeitliche Ressourcen zulassen. Wissen die Fachkräfte vor Ort hingegen, dass die Option besteht, an kritischen Punkten eine Distanzierungsberatungsstelle hinzuzuziehen, können sie von Anfang an anders reagieren.

Eine Sozialarbeiterin beschrieb im Interview beispielsweise zunächst, entsprechende Äußerungen würden in ihrem Arbeitsalltag kaum eine Rolle spielen. Im Gesprächsverlauf zeigte sich nach und nach, dass sich derartige Situationen durchaus ergeben, jedoch von anderen, als drängender empfundenen Themen überlagert werden. Bei genauerer Betrachtung räumte die Interviewpartnerin schließlich ein, sie würde mit dem entsprechenden Wissen um eine Beratungsstelle und deren Arbeitsbereich dem Thema möglicherweise mehr Gewicht schenken und die jeweiligen Adressat:innen zumindest über das Angebot zu informieren bzw. die Stelle als externe Beratung hinzuziehen. Ein weiterer Interviewpartner aus der direkten Beratungsarbeit bezweifelte ebenfalls, ob ihm eine Distanzierungsberatungsstelle für seinen Arbeitsalltag bisher gefehlt habe, gab dann jedoch zu bedenken:

> *„[…] vielleicht hängt es auch einfach nur an dem Wissen über die Möglichkeit einer solchen Distanzierungsberatung. Also wenn ich einfach weiß:* ***Okay, es gäbe jetzt […] einen Ansprechpartner und wir wüssten alle davon, dann könnte ich auch schon vorzeitiger aktiv sein natürlich.*** *[…] Solange wir nichts von einer Distanzierungsberatung […] wissen, würde ich es auch nicht in Anspruch nehmen oder danach fragen.“*

Einige der Befragten, die sich aufgrund eines begrenzten Arbeitsauftrags oder begrenzter zeitlicher Ressourcen extrem rechten Äußerungen nicht intensiver widmen konnten, sagten, mit einer entsprechenden Beratungsstelle im Hinterkopf hätten sie zumindest die Möglichkeit, dorthin zu verweisen. Damit stellen diese Fachkräfte selbst dort, wo sie selbst nicht tätig werden können, einen wichtigen Zugangsweg zur Zielgruppe dar.

Mitarbeitende der Jugendhilfe im Strafverfahren formulierten einen sehr konkreten Bedarf an einer Beratungsstelle. Einerseits werden ihnen unter anderem Jugendliche zugewiesen, die wegen einer Straftat vor Gericht stehen, die im Themenspektrum extreme Rechte angesiedelt ist. Andererseits bereiten sie auch Jugendliche auf Gerichtsverhandlungen vor, bei denen das Verfahren nichts mit extrem rechten Ideologien oder Handlungen zu tun hat, die jedoch im Gespräch mit entsprechenden Äußerungen auffallen.

Wird die mutmaßlich begangene Straftat mit einer extrem rechten Ideologie in Verbindung gebracht, versuchen die befragten Fachkräfte, die Thematik in gewissem Rahmen zu bearbeiten. Sie empfehlen beispielsweise, eine KZ-Gedenkstät-

[49] Vgl. Thomford, Mandy; Pfeil, Christian (2020): Mögliche Herausforderungen und Problemkonstellationen bei Konzeptionierung und Aufbau von zivilgesellschaftlich organisierten Ausstiegsstellen, in: Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ (Hrsg.): Ausstiegsperspektiven. Aspekte der Tertiärprävention im Kontext extreme Rechte, Jena: BAG Ausstieg zum Einstieg, S. 81.

te zu besuchen oder sich mit den sogenannten Stolpersteinen und den dahinterstehenden individuellen Schicksalen der Opfer des NS-Regimes zu befassen. Zwei Stellen berichteten von einem mittlerweile nicht mehr bestehenden lokalen Beratungsangebot, das sich extrem rechter Hinwendung widmete und an das man verwiesen werden konnte. Ein solches Angebot würde nun fehlen. Bis auf Gedenkstättenbesuche und begleitende Maßnahmen wie das Verfassen eines Aufsatzes sehen die Befragten keine Möglichkeiten der inhaltlichen Auseinandersetzung – einen Bedarf formulierten sie aber durchaus.

Und obwohl die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einen wichtigen Bestandteil demokratischer Bildung darstellt, ist sie gerade in der komplexen Gemengelage extrem rechter Ideologiestränge von heute nur noch einer von vielen zu bearbeitenden Aspekten. In KZ-Gedenkstätten selbst werden angeordnete Besuche kritisch betrachtet. Erziehungswissenschaftler Matthias Heyl fasst zusammen: *„Wer sich von KZ-Gedenkstätten erhofft, sie könnten dadurch, dass sie rechts orientierten Jugendlichen die nationalsozialistischen Untaten vorführen, ihr Rechtssein austreiben, irrt.“*[50] Zum einen wird also der pädagogische Effekt in Zweifel gezogen: Bei tatsächlich schon stärker ideologisch gefestigt extrem rechten Personen könne ein Besuch die menschenverachtende Haltung gar stärken. Viele Bezüge zu aktuellen Formen des Rechtsextremismus fehlten in Gänze. Zudem ist fehlendes Wissen über das Grauen der NS-Zeit meist nicht Kern der Problematik. Darüber hinaus sind Gedenkstätten als Tatorte, aber auch als wichtige Bezugspunkte für Überlebende und deren Nachkommen, in besonderem Maße zu schützen.[51] Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik betont die denkbar schlechten Ausgangsbedingungen der angeordneten Versuche mit den Worten, es sei „nicht einzusehen, warum Lernprozesse in Gedenkstätten, die schon bei sehr viel weniger belasteten, bildungswilligeren Jugendlichen nur unter unwahrscheinlich guten Vorbereitungen mäßigen Erfolg zeigen, ausgerechnet bei jungen Männern, die – schuldhaft oder nicht – nur eine eingeschränkte Empathiefähigkeit und ein eingeschränktes historisches Verständnis aufbringen, auch nur dazu führen sollten, mehr als eine schwache konventionelle Moral auszubilden.“[52]

Mehrfach wurde von den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren auch die Sorge geäußert, selbst nur schwer in Erfahrung bringen zu können, wie gravierend das Problem tatsächlich sei. Dies stellt sich als noch herausfordernder dar, wenn die extrem rechte oder mindestens rechtsaffine Haltung nicht Teil des Strafverfahrens ist, sondern nur aufgrund von Auffälligkeiten im Beratungsgespräch vermutet wird. Dabei hätten die Stellen der Jugendhilfe im Strafverfahren durchaus die Möglichkeit, gegenüber den Gerichten weitere Maßnahmen für die Jugendlichen – wie etwa eine Einzelberatung – zu empfehlen. Den Aussagen der Interviewten zufolge nähmen die Gerichte derartige Empfehlungen im Normalfall auch an. Doch genau hier fehle ein vertiefendes Angebot.

Auch eine Leitungsperson aus dem Bereich Radikalisierungsprävention benannte sehr konkret das fehlende Angebot einer zivilgesellschaftlichen Stelle, die längerfristig mit extrem rechten jungen Menschen arbeitet. Erste provozierende Äußerungen könnten die Fachkräfte in den Einrichtungen häufig noch gut abfedern. Doch bei gefestigteren Ansichten, die in wiederkehrenden Einzelsituationen bearbeitet werden sollten, bestehe eine Leerstelle. Auch hier spielen der Arbeitsauftrag und seine Grenzen eine Rolle.

[50] Vgl. Heyl, Matthias (2008): Auf richterliche Anordnung. Rechtsextremisten als unfreiwillige Besucher an KZ-Gedenkstätten, in: Comité International de Dachau (Hrsg.): Dachauer Hefte (24), S. 68.

[51] Vgl. ebd.

[52] Vgl. Brumlik, Micha (2002): Gedenkstättenarbeit mit rechten Jugendlichen: sozialpädagogisch überflüssig und bildungstheoretisch sinnlos, in: Nickolai, Werner; Lehmann, Henry (Hsg.): Grenzen der Gedenkstättenpädagogik mit rechten Jugendlichen, Freiburg im Breisgau, S. 106.

Besonders in dem nach den Einzelinterviews durchgeführten Gruppengespräch wurde der Bedarf an themenspezifischer Vernetzung im Bundesland bzw. in den jeweiligen Regierungsbezirken deutlich. Teilnehmende nannten Positivbeispiele bestehender Vernetzung, die jedoch den Bedarf nicht vollständig decken können – zum Beispiel, weil es zwar eine Ansprechperson gibt, diese aber nicht für den jeweiligen Landkreis zuständig ist oder weil die Stelle keine Einzelfallberatung anbieten kann. Dennoch wurde hervorgehoben, wie nutzbringend lokale Vernetzung für einen Austausch, für die fachliche Weiterentwicklung und nicht zuletzt für das Gefühl, nicht völlig alleine dazustehen, empfunden wird.

Eine weitere häufig identifizierte Leerstelle betrifft nicht die Distanzierungsberatung, soll aber dennoch erwähnt werden. Wie bereits weiter oben beschrieben, sprachen mehrere Interviewte aus vernetzenden Anlaufstellen und insbesondere aus dem Vereins- und Betriebskontext von einer häufig zu beobachtenden mangelnden Sensibilität für menschenfeindliche Äußerungen. Fälle würden deshalb häufig nicht bei ihrer Stelle gemeldet, weil kein Bewusstsein für die Relevanz der jeweiligen Äußerungen bestehe. Ihrer Auffassung nach müsste vor einer Distanzierungsarbeit zunächst besser für diskriminierende Äußerungen sensibilisiert werden.

5.2.2. How to: Distanzierungsberatung

Im Gespräch mit den Interviewpartner:innen ergab sich neben einem Eindruck darüber, wie sich die Situation in ihrer Arbeit darstellt, auch ein Bild davon, was eine potenziell für Bayern entstehende Distanzierungsberatungsstelle mitbringen bzw. wie sie konzipiert sein müsste.

Konzept

Ausgehend von den Erfahrungen und Arbeitsweisen in anderen Bundesländern stellt sich auch für Bayern die Frage nach dem Aufbau einer entsprechenden Stelle. Grundsätzlich kann sich ein solches Angebot, wie in Kapitel 3. deutlich wurde, an Fachkräfte, die Öffentlichkeit und/oder extrem rechts orientierte Adressat:innen richten.

Einerseits machten die Interviews deutlich, dass der Bedarf nach einer Fachstelle besteht und dieser Bedarf vermutlich noch wesentlich höher wäre, würde das Angebot mit der Zeit bekannter. Auf der anderen Seite zeigte sich, dass die zeitlichen Ressourcen der Beratenden begrenzt sind und sie einem klaren Arbeitsauftrag folgen, der extrem rechte Hinwendungstendenzen von Adressat:innen meist nicht umfasst oder zumindest nicht priorisiert. Diese Faktoren sprechen dafür, eine Konzeption zu favorisieren, bei der die Fachstelle auf Anrufung selbst beratend tätig wird, um die Fachkräfte vor Ort mit einem professionellen und fachkundigen Angebot zu entlasten.

Gleichzeitig betonten gerade diejenigen unter den Befragten, die in ländlichen Regionen tätig sind, wie wichtig ein Angebot vor Ort sei. Beispielsweise sagte ein Mitarbeiter der Jugendhilfe im Strafverfahren:

> *„**Also wir haben hier halt einfach gar nichts** und du hast nicht die Möglichkeit, irgendwie 15-, 16-Jährige ständig nach [Stadt] zu schicken, weil, wie sollen denn die da hinkommen? Das ist unmöglich. [Man müsste etwas schaffen], das vielleicht auch nicht irgendwie an einem Ort fix ist und zwar dann in München und in Regensburg, **sondern vielleicht auch mobil ist und dann mal herkommen könnte oder so.** Das wäre ganz wichtig.“*

Dies deckt sich mit den Erfahrungen aus dem in Kapitel 4. erwähnten Projekt FIRE, das in seinem Abschlussbericht die oftmals fehlende Vernetzung zwischen Fachstellen in ländlichen Räumen und die Schwierigkeiten für – in diesem Fall jugendliche – Adressat:innen, Angebote überhaupt wahr- und annehmen zu können, betonte:

> *Manche Jugendliche schilderten die Anreise zum Beratungstermin in den* ***nächstgelegenen größeren Ort als eine Hürde, die sowohl organisatorisch ohne öffentliche Verkehrsmittel und Führerschein, als auch emotional*** *nur schwer überwindbar schien.“* [53]

Nicht nur eine bessere Erreichbarkeit wäre durch lokale Verankerung gegeben. Die Beratenden müssten außerdem örtliche Strukturen – auch solche der extrem rechten Szene – kennen, um Vorfälle entsprechend einordnen zu können. Dies könnte jedoch auch durch Kooperationen mit lokal verankerten Beratungsstrukturen – wie der Mobilen Beratung – verwirklicht werden.

Die Ergebnisse der Interviews machen deutlich, dass eine Fachstelle zum Thema Distanzierung zum einen vernetzend und fortbildend tätig sein, zum anderen aber in Fällen, in denen keine geschulten Fachkräfte vor Ort zur Verfügung stehen, selbst aufsuchend beratend tätig werden müsste. Fortbildungen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit müssten sowohl tiefgehendes und aktuelles Wissen über extrem rechte Ideologien und Bewegungen als auch spezifische Beratungsmethoden, die sich in diesem Themenfeld anbieten, beinhalten.

Mehrere Befragte befürworteten die Idee einer Multiplikator:innen-Ausbildung und äußerten selbst Interesse an einer solchen Fortbildung. Gleichzeitig wurden die stark begrenzten zeitlichen Ressourcen betont: Es fehle teils nicht nur an der Zeit, sich bei menschenfeindlichen Äußerungen tiefergehend mit der jeweiligen Person auseinanderzusetzen, sondern schon an den Kapazitäten für Fortbildungen. Die befragten Stellen der Jugendhilfe im Strafverfahren äußerten zwar ebenfalls grundsätzlich Interesse, sich in dem Bereich fortzubilden. Sie stellten aber heraus, dass sie entsprechend ihres Auftrags auch nach einer solchen Fortbildung nicht dazu in der Lage wären, selbst Distanzierungsarbeit zu leisten. Eine übergeordnete Stelle machte sich darüber Gedanken, ob geschulte Fachkräfte vor Ort tatsächlich in ausreichendem Umfang Distanzierungsarbeit leisten könnten: Gerade bei Menschen, die in ihrer Hinwendung bereits verfestigter seien, würde der nötigen Arbeitseinsatz wohl grundsätzlich die Kapazitäten vor Ort übersteigen, so die Vermutung.

Wo die Hinwendung zu extrem rechten Ideologien noch stärker als Teil des Auftrags gesehen wird – etwa in der offenen Jugendarbeit – wurden trotz zeitlicher Bedenken Vorteile in der Fortbildung von Fachkräften gesehen. Da die Fachkräfte oft auf tragfähige Beziehungen zu ihren Adressat:innen bauen könnten, würden gerade sie einen guten Zugangsweg darstellen – ob als alleinig Beratende oder als Bindeglied zu einer Fachstelle, die im Zweifel hinzugezogen würde.

Bezeichnung

Es bestätigte sich in den Interviews, dass der Begriff Distanzierungsarbeit auch im Arbeitsfeld Soziale Arbeit weitestgehend unbekannt oder zumindest nicht klar verortet ist. Die in Kapitel 2.1. beschriebene Uneindeutigkeit in der Begriffsnutzung – selbst im Fachdiskurs – trägt zur Verwirrung bei. Unter dem Begriff der Ausstiegsarbeit wähnten die Befragten mehrheitlich ein Angebot an Menschen, die in der extrem rechten Szene fest eingebunden sind und diese Szene nun verlassen möchten. Folglich ist davon auszugehen, dass viele Fachkräfte Adressat:innen mit ersten Hinwendungstendenzen zur extremen Rechten nicht an Stellen verweisen würden, die unter dem Schlagwort Ausstieg arbeiten.

Durch Publikationen und Veranstaltungen von und mit sogenannten Aussteiger:innen wird der Ausstiegsbegriff in der Öffentlichkeit stark mit der extremen Rechten in Zusammenhang gebracht und daher diesem Phänomenbereich zugewiesen. Es ist davon auszugehen, dass „Distanzierung“ vermutlich stärker phänomenübergreifend verortet wird. Beim Herantreten an die Interviewpartner:innen der vorliegenden Analyse wurden, um das Feld genauer abzustecken, als Adressat:innen von Distanzierungsarbeit Personen, die mit extrem rechten Haltungen sympathisieren, benannt. Daraufhin zeigte sich jedoch, dass viele Fachkräfte die Bezeichnung „extrem rechts“ mit geschlossenen, gefestigten Ideologien oder gar Gewalt verbinden. Dabei soll die Distanzierungsarbeit ja gerade im Vorfeld einer solchen potenziellen Entwicklung stattfinden.

[53] *Vgl. Bayerischer Jugendring; LKS Bayern, FIRE, S. 23f.*

Beim Blick auf die zivilen Ausstiegs- und Distanzierungsberatungen in anderen Bundesländern lässt sich erkennen, dass unter einer – oft eher abstrakten – Bezeichnung der Stelle selbst die Adressat:innen erklärend mit verschiedenen Begriffen wie „(extrem) rechts", „menschenfeindlich", der „rechten Szene" zugehörig oder „rechtsextrem" eingeordnet werden. Die Nutzung unterschiedlicher Begriffe ist insoweit verständlich oder gar hilfreich, als dass gerade bei der Zielgruppe der Distanzierungsarbeit die Grenzen zwischen gesellschaftlich weitverbreiteten ausgrenzenden Narrativen und einem geschlossenen extrem rechten Weltbild fließend sind. Nur mit Bezeichnungen wie „Rechtsextremismus" oder „extrem rechts" zu arbeiten, würde möglicherweise viele vermittelnde Fachkräfte abschrecken bzw. von einer Nichtzuständigkeit ausgehen lassen. Abgesehen davon, dass die genutzten Bezeichnungen für vermittelnde Fachkräfte verortbar sein müssen, sollen sie auch unter potenziellen Adressat:innen keine unnötige Ablehnung hervorrufen (siehe 3.1.).

Die Zielgruppe der Arbeit muss so genau wie nötig und so offen wie möglich bestimmt werden. Ausgeschlossen würden für einen wie hier beschriebenen Ansatz der Distanzierungsarbeit Personen, die bereits fest in der extrem rechten Szene verankert sind. Zudem scheint es aussichtslos, alle Menschen in der Gesellschaft ansprechen zu wollen, die im weitesten Sinne diskriminierende Einstellungen verinnerlicht haben.

Eine reine Distanzierungsarbeit, die sich – auch in Abgrenzung zur Ausstiegsarbeit – als anlassbezogene Intervention versteht, muss sich also an Personen richten, die Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vermehrt äußern und damit auffallen, aber auch an Menschen, bei denen stärkere Hinwendungstendenzen oder gar eine gesteigerte Gewaltneigung auffallen. Die Herausforderung bleibt jedoch, dass die Grenzen oft verschwommen sind und zunächst herausgearbeitet werden muss, was hinter den Aussagen steckt und wie weit eine Person bereits in der Szene integriert ist. Auch müssen zuvor Kriterien dafür festgelegt werden, ab wann eine Distanzierung als gelungen oder abgeschlossen gelten kann.[54]

Zugänge

Wie sich auch in der Arbeit von Distanzierungsberatungsstellen in anderen Bundesländern bestätigt, liegt einer der Hauptzugänge zu potenziellen Adressat:innen in den bestehenden Strukturen der Sozialen Arbeit. Dementsprechend muss jedem Zugang die Bekanntmachung des Angebots in den jeweiligen Einrichtungen vorausgehen. Mehrere Interviewte betonten die Notwendigkeit einer solchen Vernetzung und konnten sich vorstellen, Kontakte zu knüpfen. Hier könnte sich eine neu geschaffene Stelle zum einen an den bestehenden Beziehungen beispielsweise der LKS mit diversen Akteur:innen in ganz Bayern orientieren. Darüber hinaus können die Erfahrungen etablierter Distanzierungsberatungsstellen zurate gezogen werden, um weitere Sparten zu eröffnen, die über die klassischen Arbeitsbereiche der Sozialen Arbeit hinausgehen, etwa die Zusammenarbeit mit Jobcentern oder Justizbehörden.[55]

Auch Fortbildungen sind eine gute Möglichkeit, ein Angebot bekannt zu machen. Mehrere Interviewte äußerten eigenes Interesse an einer Fortbildung in dem Bereich, um im Kontakt mit extrem rechts orientierten Adressat:innen besser handlungsfähig zu sein. Wie an anderer Stelle deutlich wird, würde dies alleine noch keinen Beratungsbedarf abdecken. Doch die fortgebildeten Personen tragen das Wissen über die Beratungsstelle in ihre Einrichtungen und Netzwerke. An dieser Stelle sollte noch einmal der Hinweis bezüglich der Stadt-Land-Differenz, der in den Interviews immer wieder betont wurde, aufgegriffen werden: Das Fortbildungs- und Vernetzungsangebot sollte verstärkt auch in ländlichen Regionen zugänglich gemacht werden, wo es bislang kaum Ansprechpartner:innen im Themenfeld gibt.

Die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Sozialen Arbeit ist gerade deshalb unerlässlich, weil die hier tätigen Personen oft schon über lange Zeit eine vertrauensvolle Beziehung zu den Adressat:innen aufgebaut haben. Diese Beziehung stellt den wichtigsten Schlüssel für eine Gesprächsaufnahme

[54] Vgl. Greuel, Frank; König, Frank; Langner, Carsta (2020): Erfolgreich ausgestiegen, oder? – Herausforderungen in der (wirkungsorientierten) Evaluation von Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. In: JUMP (Hrsg.): Abgelegt – Abgereist – Ausgestiegen: Perspektiven der Ausstiegsarbeit rechts. 10 Jahre JUMP – Ausstiegsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Waren (Müritz): CJD Nord.

[55] Frommannshausen, Samuel von (2020): Absprung in die Ausstiegsarbeit – Ein Reisebericht zu zehn Jahren JUMP. In: JUMP (Hrsg.): Abgelegt – Abgereist – Ausgestiegen: Perspektiven der Ausstiegsarbeit rechts. 10 Jahre JUMP – Ausstiegsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Waren (Müritz): CJD Nord, S. 27.

dar. Einige Befragte betonten, dass die Beziehung zu der jeweiligen Person bereits gefestigt sein müsse, um ein externes Angebot wie eine Distanzierungsberatungsstelle überhaupt hinzuziehen zu können. Gleichzeitig verwies eine Person, die als vernetzende Stelle Einrichtungen, die mit Jugendlichen arbeiten, aufsucht, auf eine weitere Erfahrung: Zwar sei eine bestehende Beziehung der Fachkräfte vor Ort mit den Adressat:innen ein guter Zugangsweg. Doch gerade Jugendliche seien oftmals gesprächsbereiter als angenommen und würden sich häufig auf das Angebot einlassen, auch über heikle Themen zu sprechen.

Eine übergeordnete Stelle der Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum sagte bezüglich der Strukturen vor Ort, eine initiale Ansprache menschenfeindlicher Positionen würde in den Einrichtungen oft auf gutem Niveau stattfinden – doch für eine tiefergehende und ggf. längerfristige Auseinandersetzung mit Einzelpersonen fehlten schlichtweg die Kapazitäten. Eine Fachstelle könnte hier von den Fachkräften vor Ort ergänzend hinzugezogen werden.

Auch innerhalb von Vereinsstrukturen bestehen verlässliche Beziehungen, die eine gute Basis darstellen. Hier bleibt die Schwierigkeit, mehr Menschen für extrem rechte Tendenzen zu sensibilisieren. Ist dies jedoch bereits geschehen, können Vereinsmitglieder oder -vorstände eine gute Brücke zu den betreffenden Personen darstellen.

Der Freizeit- und Freundschaftsaspekt – sei es in Vereinen oder Jugendzentren – und das damit einhergehende Zugehörigkeitsgefühl können auch bei den betreffenden Personen zur Gesprächsbereitschaft beitragen. Denn ist eine Situation so weit fortgeschritten, dass der Ausschluss aus der jeweiligen Struktur droht, kann das Angebot aus einer extrinsischen Motivation heraus einen „letzten Ausweg“ darstellen. Aus dem Gewerkschafts- und Vereinsumfeld berichteten Interviewte, dass ein ähnliches Vorgehen bei unterschiedlichen Problemlagen bereits vielerorts praktiziert wird: Man bietet der Person ein letztes Gesprächs- oder Hilfsangebot an, um einen Ausschluss abzuwenden. Nimmt sie dieses nicht an, folgt der Ausschluss.

Auch an Schulen kann Druck durch das Umfeld wirksam sein. Ein Interviewter erläuterte, wie Jugendliche mit menschenfeindlichen Haltungen auch im Klassenverband teilweise ausgegrenzt werden. Der so entstehende Leidensdruck kann zur Bereitschaft für ein Gespräch oder gar tiefergehende Beratung führen. Die Interviewten standen hartem Druck wie Ausschlüssen und Schulverweisen grundsätzlich zwiegespalten gegenüber. Einige verwiesen auf die bekannte Schwierigkeit, extrinsischen Druck in Eigenmotivation zu verwandeln. Doch auch die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass derartige Mittel als Einstieg in einen Prozess genutzt werden können. Innerhalb dieses Prozesses ist es dann Aufgabe der Beratenden, intrinsische Motivation zu erzeugen.[56]

Eine ebenfalls extrinsische Motivation wurde in den Interviews im Arbeitsbereich der Jugendhilfe im Strafverfahren angesprochen. Ein Befragter sah die Möglichkeit, Jugendliche noch vor der Verhandlung auf ein freiwilliges Gesprächsangebot hinzuweisen – mit dem Anreiz, dies könne sich vor Gericht positiv auswirken.

Eine Beratungsstelle schilderte ergänzend die Wirkung sozialen Drucks aus dem Umfeld der betreffenden Personen. Auch dieser könne Anstoß sein, sich auf eine Beratung einzulassen. Dass häufig das engste Umfeld auf menschenfeindliches Gedankengut aufmerksam wird und die Notwendigkeit sieht, etwas zu unternehmen, ist eine Erfahrung, die auch die Familien-, Umfeld- und Elternberatungsstelle F.U.E.R. teilt. F.U.E.R. berät jedoch nur besagten Kreis und tritt nicht direkt mit den extrem rechten bzw. anfänglich so orientierten Personen ins Gespräch. Eine Distanzierungsberatungsstelle könnte also mit Eltern- und Umfeldberatungen vernetzt sein, sodass entsprechende Fälle gemeinsam oder verweisend zu bearbeiten wären.

Die Interviews boten auch Raum, um über Zugänge abseits der direkten Vermittlung oder des Drucks durch andere nachzudenken. So schilderten zwei Befragte die Feststellung, gerade Anhänger:innen von Verschwörungsmythen zeigten sich teils sehr offen für Gespräche, weil sie initial hofften, die Beratenden von ihren Ansichten überzeugen zu können. Eine weitere Perspektive konnte in der Sozialarbeit einer Justizvollzugsanstalt gewonnen werden. Dort, so die interviewte Person, wären viele Menschen schon aufgrund der weitestgehend fehlenden Abwechslung in ihrem Alltag oftmals interessiert an Gesprächsangeboten.

[56] Vgl. Figlestahler; Schau (2021): Entwicklungen.

Drei Befragte sprachen konkret über Möglichkeiten des Zugangs über Gruppenangebote wie gesonderte Einheiten an Schulen, soziale Trainingskurse oder Ausflüge mit pädagogischem Hintergrund. Ein Interviewter aus dem Arbeitsfeld Schule machte die Erfahrung, dass bei Gruppenangeboten teils zutage trete, ob eine Person im Klassenverband bereits mit problematischen Äußerungen auffällig geworden ist. Solche Hinweise könnten anschließend genutzt werden, um die betreffende Person zu einem Einzelgespräch einzuladen.

Mehrere Interviewte gaben klar zu verstehen, dass sie die Möglichkeit einer direkten Kontaktaufnahme der betreffenden Person mit einer Distanzierungsberatungsstelle nicht vollends ausschließen würden. Sie würden deshalb durchaus über Flyer oder Aushänge versuchen, für die Stelle zu werben. Einer der Befragten berichtete von einer Erfahrung, die auch aus dem Kontext Ausstiegsberatung bekannt ist: Die Beratungsperson empfiehlt ein weiterführendes Angebot, das zunächst nicht angenommen, jedoch später mit erhöhtem Leidensdruck doch aufgegriffen wird. Durch eine solche Bekanntmachung wüssten zumindest Personen, bei denen bereits eine gewisse Irritation angesichts der eigenen Einstellung eingesetzt hat oder ein Leidensdruck herrscht, dass sie sich selbst bei einer solchen Stelle melden oder die Mitarbeitenden der jeweiligen Einrichtung ansprechen könnten.

Ergänzend zu den klassischen Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit wie Flyern oder einem Internetauftritt betonten viele Interviewte die Notwendigkeit, in den besonders von jungen Menschen genutzten sozialen Medien Präsenz zu zeigen. Von Beratungsstellen in anderen Bundesländern wird diese Option in unterschiedlichem Maße angewandt, was wohl auch an der Notwendigkeit einer fortwährenden Bespielung der jeweiligen Medien und den dafür notwendigen personellen Ressourcen liegen dürfte. Geht man davon aus, dass sich eine wie in der vorliegenden Analyse skizzierte Distanzierungsarbeit verstärkt an jüngere Menschen richtet, scheint eine Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit und Kontaktmöglichkeiten an deren Lebenswelt dennoch in hohem Maße relevant. Darüber hinaus wurden Aspekte wie die Möglichkeit einer Online-Beratung sowie eine umfassende telefonische Erreichbarkeit genannt.

Aus einigen Interviews ging zudem hervor, dass Diversitätssensibilität bei der Besetzung einer möglichen Fachstelle eine Rolle spielen sollte – insbesondere in Bezug auf die Faktoren Geschlecht und Herkunft. Beratende mit unterschiedlichem Hintergrund sind oftmals in ihrer Handlungsfähigkeit gegenüber bestimmten Klient:innen eingeschränkt oder haben auf der anderen Seite einen besonders guten Zugang. In den Interviews wurden Einschränkungen bezüglich des Zugangs zu Adressat:innen mit menschenfeindlichen Positionen in migrantischen oder migrantisierten Milieus genannt sowie besondere Herausforderungen nicht *weiß*[57] gelesener Fachkräfte im Umgang mit (extrem) rechtsaffinen Adressat:innen. Auch andere Befragungen bestätigen das.[58] Bei all diesen Überlegungen muss nicht nur die Zugänglichkeit der angesprochenen Personen berücksichtigt werden, sondern in hohem Maße auch die potenzielle individuelle Belastung der Fachkräfte.

Ansiedlung

Um den konkreten Bedarf an einem zivilgesellschaftlich angesiedelten Angebot der Distanzierungsberatung zu ermitteln, wurde in den Interviews auch nach Unterschieden in der Wahrnehmung zivilgesellschaftlich und staatlich angesiedelter Stellen gefragt. In anderen Bundesländern gibt es zum Teil sowohl ein zivilgesellschaftliches als auch ein staatliches Angebot der Ausstiegsberatung. In Bayern wird dieser Bereich aktuell von der BIGE – und somit nur durch eine staatliche Stelle abgedeckt (siehe Kapitel 4.).

Die Reaktionen der Befragten gingen in diesem Aspekt auseinander. Niemand präferierte klar eine staatliche Ansiedlung. Einige Interviewpartner:innen sagten, sie würden sich gleichermaßen an ein zivilgesellschaftliches wie auch staatliches Angebot wenden. Zwei dieser Befragten verwiesen beispielhaft auf eine frühere positive Zusammenarbeit mit der Polizei, an die sie bei diesem Aspekt dachten.

[57] Weiß wird kursiv gesetzt, um den Charakter als soziales Konstrukt hervorzuheben.

[58] Vgl. Meysen et al. (2022), Fachliches Handeln, S. 61.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Fachkräfte äußerte jedoch – teils starke – Bedenken hinsichtlich der Offenheit potenzieller Adressat:innen gegenüber staatlichen Angeboten. Je nach früheren Erfahrungen der Klientel würden diese möglicherweise als weniger vertrauenswürdig wahrgenommen. Hier deckten sich größtenteils die Erfahrungen von Fachkräften, die selbst in einer Behörde tätig sind, mit denen von Fachkräften freier Träger: Erstere berichteten von häufigem Misstrauen und häufiger Zurückhaltung der Adressat:innen aufgrund der Ansiedlung. Letztere beschrieben, dass ihnen mehr Vertrauen entgegengebracht werde als staatlichen Stellen. Ein Behördenmitarbeiter schilderte dies wie folgt:

> *„In dem Kontext müssen wir eh von einem schwierigen Beziehungsaufbau ausgehen, damit man überhaupt zu so einem Punkt kommt, wo man [eine Distanzierungsberatung] vorschlagen könnte – da muss schon viel Vertrauen da sein. Und da ist eher die Einstiegsmöglichkeit dann da, wenn es kein staatlicher Träger ist.* ***Ansonsten kommt sofort der Gedanke: Oh Gott, Repression und jetzt erfahren die was über mich*** *und je nachdem, wie ich mich da benehme, hat das womöglich wieder andere Auswirkungen.“*

Teilweise unterschieden die Befragten die Option einer staatlich angesiedelten Stelle auch noch nach der konkreten Behörde. Ämter wie ein Sozial- oder Landratsamt wären zugänglicher, ein Angebot bei der Polizei oder dem Verfassungsschutz sei potenziell stärker abschreckend für die Adressat:innen.

Zur Einordnung dieser Ergebnisse muss jedoch bedacht werden, dass der Großteil der Befragten in der Sozialen Arbeit tätig und somit mit dem Subsidiaritätsprinzip vertraut ist. Bezogen auf den hier behandelten Aspekt bedeutet das Subsidiaritätsprinzip: Alles, was die Zivilgesellschaft stemmen kann, soll nicht durch staatliche Einrichtungen übernommen werden. Wenngleich die Interviewten sowohl in behördlichen als auch zivilgesellschaftlichen Strukturen angesiedelt sind, muss davon ausgegangen werden, dass ihre Antworten auch vom Wissen um dieses Prinzip geprägt sind.

Im Gruppengespräch am Ende des Interviewprozesses zogen mehrere Fachkräfte die Möglichkeit in Erwägung, eine Anbindung zwischen Staat und Zivilgesellschaft könne einem Angebot zuträglich sein. So würde die Zusammenarbeit einer zivilgesellschaftlichen und einer staatlichen Stelle auf der einen Seite die Vorteile der Niedrigschwelligkeit zivilgesellschaftlicher Angebote mit sich bringen. Sie hätte auf der anderen Seite aber den Vorteil einer gesicherten, langfristigen Finanzierung und Beständigkeit, die die Fachkräfte mit staatlichen Stellen in Verbindung brachten. Erneut wurde hier jedoch auf die potenzielle Schwierigkeit verwiesen, die Zuständigkeitsbereiche – auch für potenzielle Adressat:innen – klar ersichtlich aufzuteilen.

6. AUSBLICK

Distanzierungsarbeit stellt einen wichtigen Baustein im Einsatz gegen extrem rechte Ideologien und Strukturen dar. Dementsprechend sind vielerorts in Deutschland bereits Beratungsangebote vorhanden, die sich (auch) an Menschen mit ersten Hinwendungstendenzen zur extremen Rechten richten. Diese Arbeit nimmt nicht bloß die betreffenden Personen und ihr Umfeld in den Blick, sondern muss vor allem auch als Anstrengung zum Schutz von potenziell Betroffenen rechter Gewalt verstanden werden. Schließlich versucht sie zu verhindern, dass sich menschenfeindliches Denken verfestigt. Distanzierungsarbeit sollte dabei aber keinesfalls als eine ausreichende Maßnahme zum Betroffenenschutz und somit als Alternative für die wichtigen Angebote der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt verstanden werden.

Die vorliegende Analyse konnte klare Bedarfe, aber auch unscharfe Leerstellen bei der Arbeit mit extrem rechts orientierten Menschen ausmachen. Unschärfen lagen bereits in der Wahl der Begrifflichkeiten begründet. Eine potenziell neu geschaffene Stelle der Distanzierungsarbeit sollte besonderen Wert auf die genaue Benennung der Zielgruppen und die Kommunikation des Arbeitsfelds nach außen legen. Der Begriff „extrem“ in „rechtsextrem“ oder „extrem rechts“ kann sowohl Fachkräfte der Sozialen Arbeit als auch Fachfremde und potenzielle Adressat:innen auf die falsche Fährte führen und sollte entsprechend ergänzt und erklärt werden. Zudem gilt es, das Arbeitsfeld zwischen den genutzten Bezeichnungen „Distanzierung“ und „Ausstieg“ klar zu verorten.

Ebenfalls unscharf stellt sich der wahrgenommene Bedarf an einer spezialisierten Beratungsstelle unter Fachkräften der Sozialen Arbeit und anderen Befragten dar. Anfängliche Auffälligkeiten, gerade unter Jugendlichen, nehmen Fachkräfte zwar aufmerksam wahr und bearbeiten sie teilweise. Doch häufig ist dies schon aus Zeitgründen, durch Begrenzung des Arbeitsauftrags und/oder Schwierigkeiten bei der Einschätzung der Problematik nicht tiefergehend möglich. Spätestens, wenn sich eine Situation verschärft und Adressat:innen als ideologisch stärker verankert wahrgenommen werden, können die meisten Fachkräfte den Fall wohl nicht mehr bearbeiten.

Insbesondere die von den Fachkräften wahrgenommene Einschränkung in Bezug auf ihren konkreten Arbeitsbereich soll an dieser Stelle nochmals betont werden. Vorfälle, die dem extrem rechten Phänomenbereich zugerechnet werden können oder zumindest erste Besorgnis hervorrufen, werden für die meisten Fachkräfte erst dann relevant und (potenziell) bearbeitbar, wenn sie zusätzlich dazu auch ihren Kernarbeitsbereich berühren. Denkbar wäre etwa eine Situation, in der Adressat:innen einer Allgemeinen Sozialberatung durch extrem rechte Äußerungen verstärkt Gegenwehr bei der Arbeitsplatzsuche zu spüren bekommen und die Thematik dadurch auch für ihre weitere Lebenssituation bedeutend erscheint. In Jugendämtern, die Adressat:innen aus ganz anderen Gründen betreuen, würden extrem rechte Aussagen beispielsweise dann relevant, wenn diese Aspekte einer möglichen Kindeswohlgefährdung darstellen – doch die Schwellen hierfür liegen hoch. Durchaus wahrgenommene Tendenzen in Richtung extrem rechter Ideologien werden oftmals ausgeklammert, weil die Fachkräfte bereits mit den Inhalten ihres eigentlichen Arbeitsauftrags restlos ausgelastet sind und die Grenzen dieses Auftrags wahren möchten und müssen.

So fehlt es an einem spezialisierten Beratungsangebot sowohl für Menschen mit ersten Hinwendungstendenzen zu extrem rechten Ideologien und/oder Strukturen als auch für solche, bei denen eine derartige Hinwendung bereits weiter fortgeschritten ist. Ein zivilgesellschaftliches Angebot auf Landesebene gibt es für beide Fälle bislang nicht. Die Interviewten schätzten zivilgesellschaftliche Angebote jedoch größtenteils niedrigschwelliger ein als staatliche, insbesondere bei den Sicherheitsbehörden angesiedelte. Dem lag hauptsächlich eine bei vielen Adressat:innen verortete Skepsis gegenüber Behörden zugrunde. Gerade auch was die Arbeit mit Jugendlichen betrifft, würden sich Befragte bis zu einer sehr hohen Eskalationsstufe nicht an Stellen wenden, die bei Sicherheitsbehörden angesiedelt sind.

Die BAG Ausstieg zum Einstieg verweist in ihrer Satzung auf das Subsidiaritätsprinzip. Sie betont, zivilgesellschaftliche Ausstiegsarbeit ganz explizit nicht in Konkurrenz zu staatlichen Angeboten zu sehen, sondern als notwendige Ergänzung mit lohnenden Synergieeffekten.[59] Dieses Bild bestätigte sich in den Interviews. Sollen möglichst viele Menschen mit Hinwendungstendenzen zu oder klarer Verortung in extrem rechten Zusammenhängen erreicht werden, muss das Angebot so vielfältig und niedrigschwellig wie möglich sein.

Die Ausgestaltung des konkreten Arbeitskonzepts obliegt einer potenziell neu zu schaffenden Fachstelle. Dennoch sollen einige Hinweise erfolgen, die sich aus den fundierten Erfahrungen der LKS und ihrer Projekten speisen. Wie im vorigen Kapitel bereits angedeutet, bräuchte es entsprechend der Ergebnisse aus den Interviews einerseits ein spezifisches Fortbildungsangebot für Fachkräfte mit Beratungserfahrung. Andererseits bräuchte es aber auch die Möglichkeit der aufsuchenden Beratung durch Mitarbeitende einer Fachstelle, wo vor Ort keine entsprechend qualifizierten Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Fortbildungen für Fachkräfte können sicherstellen, dass die jeweiligen Personen innerhalb ihres eigenen Arbeitskontexts Vorkommnisse besser einschätzen und ggf. darauf reagieren können. Auch von Kolleg:innen können sie zu entsprechenden Situationen hinzugezogen werden. Somit sorgt eine passend konzipierte Fortbildung nicht nur für bessere Handlungsfähigkeit, sondern sensibilisiert auch insgesamt innerhalb der Einrichtung für die Thematik. Die in Kapitel 1 kurz umrissene Fortbildungsreihe der Beratungsstelle F.U.E.R. in den Jahren 2021 und 2022 bestätigte die große Nachfrage unter Fachkräften. Der entscheidende Vorteil von bestmöglich selbst handlungsfähigen pädagogischen Fachkräften liegt im Zugang zu den Adressat:innen: Wie deutlich wurde, ist eine vertrauensvolle Beziehung zu den betreffenden Personen Grundstein jeder Annäherung an die Problematik. Können Fachkräfte, die bereits über eine derartige Beziehung zu den Adressat:innen verfügen, selbst in eine Einzelberatung zur Distanzierung eintreten, werden ansonsten bestehende Zugangserschwernisse von vornherein umgangen.

Inhaltlich müssen derartige Fortbildungen auf zwei Säulen fußen. Eine Grundlage stellen Informationen über extrem rechte Ideologien und Agitationsmuster dar, welche häufig auf weit in der Gesellschaft verbreiteten Versatzstücken gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit basieren. Diese Aspekte müssen die Fachkräfte erkennen und das eigene Denken hinterfragen, um den Grundstein dafür zu legen, extrem rechte Äußerungen überhaupt als solche zu erkennen. Darüber hinaus muss die Schulung Handwerkszeug und erprobte Methoden der Beratung umfassen, um die Fachkräfte über vorhandene Kenntnisse hinaus auf konkrete Beratungssituationen mit extrem rechten oder extrem rechtsaffinen Menschen vorzubereiten.

Ein zusätzlicher Vorteil eines spezialisierten Fortbildungsangebots ist das Vernetzungspotenzial innerhalb des Bundeslands. Der Wunsch nach Zusammenarbeit und Austausch kam in den Interviews mehrfach zur Sprache. Abgesehen vom Kontakt zu einer Fachstelle könnten Teilnehmende der Fortbildungen auch untereinander Verbindungen knüpfen, die ihre Arbeit mit extrem rechtsaffinen Personen langfristig auf eine stabilere Basis stellt.

Wo es vor Ort keine entsprechend fortgebildeten Fachkräfte gibt, um innerhalb der Einrichtungen zu agieren, ist es an der Fachstelle selbst, qualifizierte Beratende einzusetzen. Denn wie die Analyse deutlich machte, ist eine indizierte Einzelfallarbeit in den Einrichtungen aufgrund zeitlicher Kapazitäten, mangelnden Fachwissens zur Thematik, aber auch aufgrund des konkreten Arbeitsauftrags häufig nicht möglich.

[59] Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg" (2018): Satzung, Berlin, S. 2.

In einem Flächenland wie Bayern ist von der Einrichtung einer zentralen Stelle, die von den Adressat:innen aufgesucht werden muss, abzusehen. Vielmehr bietet es sich an, sich bei der Konzeption an bereits bestehenden, aufsuchenden Konzepten – wie beispielsweise der Betroffenenberatung B.U.D. Bayern oder der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern – zu orientieren. Wegen der langen Fahrtwege arbeiten diese Einrichtungen von verschiedenen Standorten aus.

Da davon auszugehen ist, dass das Fallaufkommen stark fluktuiert, lässt sich ein solches Projekt bestmöglich unter Rückgriff auf bestehende Strukturen im Arbeitsfeld verwirklichen. Schließlich müssen sich die Beratenden nicht nur einmalig fortbilden, sondern sich schon aufgrund der sich ständig wandelnden Strukturen und Anknüpfungspunkte extrem rechter Bewegungen stetig weiterbilden.[60] Wie in Kapitel 3.1. deutlich wurde, wird die ideologische Auseinandersetzung als unverzichtbarer Teil der Distanzierungsarbeit erachtet. Diese Arbeit können nur Fachkräfte leisten, die sich im Phänomenbereich bestmöglich und fortwährend weiterbilden.

Diese Faktoren, die eine aufsuchende Arbeit in einem Flächenland mit sich bringt, nehmen starken Einfluss auf die zu planende finanzielle Ausstattung der Fachstelle. Unter Berücksichtigung des Personalbedarfs, der Fahrtkosten und der nötigen Infrastruktur sind die Kosten eher im oberen Bereich des unter 3.3. genannten aktuell genutzten Korridors von 100.000 bis 500.000 Euro anzusetzen. Um eine genauere Summe zu nennen, wären zunächst konkrete Konzepte inklusive antizipierter Fallaufkommen nötig.

[60] Vgl. Bayerischer Jugendring; LKS Bayern, FIRE, S. 24f.

Eine Vernetzung mit anderen Fachstellen ist aus zwei Gründen besonders ratsam: Zum einen stellen Kooperationen und das Wissen umeinander für Distanzierungsberatungen einen wichtigen Zugangspunkt zu potenziellen Adressat:innen dar. Zum anderen ist die Vernetzung zu thematisch anders gelagerten Beratungsstellen schon deshalb nötig, weil häufig Adressat:innen mit Multiproblemlagen angesprochen werden sollen. Um diese bestmöglich unterstützen zu können, bedarf es eines Austauschs bzw. etablierter Verweisstrukturen. Nicht zuletzt kann auch eine Kooperation mit den Regelstrukturen angestrebt werden, um das Angebot bekannter und zugänglicher zu machen.

Das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus der Bayerischen Staatsregierung sieht vor, „jeglichen Formen von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus entschieden entgegenzutreten". Möglichen Radikalisierungsverläufen müsse frühzeitig vorgebeugt werden – das sei nicht nur staatliche Aufgabe, sondern erfordere auch das Engagement zivilgesellschaftlicher Einrichtungen.[61]

Um den analysierten Bedarfen gerecht zu werden, braucht es eine verstärkte Unterstützung der Fachkräfte vor Ort und ein spezialisiertes Beratungsangebot für ein passgenaues indiziertes Einschreiten, wo sich Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu festigen drohen oder bereits gefestigt haben. Eine solche Maßnahme ist nicht nur im Sinne einer demokratisch-menschenrechtlich orientierten Entwicklung der betreffenden Personen selbst zu verstehen, sondern vor allem auch als Maßnahme zum vorbeugenden Schutz von Menschen, die von extrem rechter Gewalt betroffen sind.

[61] Vgl. Bayerische Staatsregierung (2022): Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus. Vorbeugen – Unterstützen – Eingreifen, München, S. 3.

7. LITERATURVERZEICHNIS

Baer, Silke (2022): Bedarfe der Weiterentwicklung für pädagogische Interventionen zur Stärkung menschenrechtlicher und demokratischer Haltungen, Berlin: cultures interactive.

Baer, Silke (2019): cultures interactive – Praxis der Jugendkulturarbeit zur Prävention von GMF und Rechtsextremismus. In: Möller, Kurt; Neuscheler, Florian (Hrsg.): „Wer will die hier schon haben?" Ablehnungshaltungen und Diskriminierungen in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 75-90.

Bayerischer Jugendring; Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus (2020): FIRE – Frühintervention Rechtsextremismus. Abschlussbericht zum Pilotprojekt in Niederbayern, München.

Bayerische Staatsregierung (2022): Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus. Vorbeugen – Unterstützen – Eingreifen, München.

Brumlik, Micha (2002): Gedenkstättenarbeit mit rechten Jugendlichen: sozialpädagogisch überflüssig und bildungstheoretisch sinnlos, in: Nickolai, Werner; Lehmann, Henry (Hsg.): Grenzen der Gedenkstättenpädagogik mit rechten Jugendlichen, Freiburg im Breisgau, S. 100-106.

Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg" (2019): Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit, Jena.

Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg" (2018): Satzung, Berlin.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2020): Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline; Schuler, Julia; Brähler, Elmar (2022): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline; Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (2014): Berufsethik des DBSHS, Forum Sozial 4.

Distanz (o.D.): Have a „BREAK" have a Distanzierungsprozess, Weimar.

Ehlert, Gudrun; Radvan, Heike; Schäuble, Barbara; Thiessen, Barbara (2020): Verunsicherungen und Herausforderungen. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus und Antifeminismus in Hochschule und Profession, Sozial Extra 44 (2), S. 102-106.

Fachstelle DisTanZierungsarbeit (2019): Konzept, Aufgaben und Herausforderungen der Distanzierungsarbeit im Umgang mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen: Abschlusspublikation des Modellprojekts „DisTanZ – Trainingsmaßnahmen für Risikojugendliche und lokal verankerte Zentren zur Radikalisierungsprävention", Berlin: cultures interactive.

Fachstelle für Demokratie Landeshauptstadt München (2023): Diskriminierung und rechter Hass an Münchner Schulen. 1. Monitoring-Bericht der Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen, München.

Figlestahler, Carmen; Schau, Katja (2021): Entwicklungen, Handlungspraxen und Herausforderungen im Feld der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Land im Bundesprogramm „Demokratie leben!" in der Förderphase 2020 bis 2024, München: Deutsches Jugendinstitut.

Frommannshausen, Samuel von (2020): Absprung in die Ausstiegsarbeit – Ein Reisebereicht zu zehn Jahren JUMP. In: JUMP (Hrsg.): Abgelegt – Abgereist – Ausgestiegen: Perspektiven der Ausstiegsarbeit rechts. 10 Jahre JUMP – Ausstiegsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Waren (Müritz): CJD Nord, 26-34.

Glaser, Michaela (2012): ‚Rechtsextremismus' – eine Begriffsdiskussion. Kontaktstelle BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus.

Greuel, Frank; König, Frank; Langner, Carsta (2020): Erfolgreich ausgestiegen, oder? – Herausforderungen in der (wirkungsorientierten) Evaluation von Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. In: JUMP (Hrsg.): Abgelegt · Abgereist · Ausgestiegen: Perspektiven der Ausstiegsarbeit rechts. 10 Jahre JUMP – Ausstiegsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Waren (Müritz), S. 175-186.

Groß et al. (2012): Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, *https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/130404/von-der-ungleichwertigkeit-zur-ungleichheit-gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit* [Zugriff: 24.05.2023].

Heitmeyer, Prof. Dr. Wilhelm (2011): Deutsche Zustände. Das entsicherte Jahrzehnt: Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Bielefeld: Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.

Heyl, Matthias (2008): Auf richterliche Anordnung. Rechtsextremisten als unfreiwillige Besucher an KZ-Gedenkstätten, in: Comité International de Dachau (Hrsg.): Dachauer Hefte (24), S. 63-80.

Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.

Kurswechsel – Ausstiegsarbeit rechts (2017): Gemeinsam den Kurs wechseln – Distanzierungsprozesse und Ausstieg aus (extrem) rechten Einstellungen und Gruppierungen unterstützen, Hamburg: CJD Nord.

Meysen et al. (2022): Fachliches Handeln zum Wohl von Kindern und Jugendlichen im Kontakt mit „anderer", fundamentalistischer und radikaler Religiosität und Weltanschauung. Handlungsempfehlungen aufbauend auf zentralen Erkenntnissen des Projekts „Radikal, fundamentalistisch, anders – Fachkräfte im Kontakt (RaFiK)", München: DJI Deutsches Jugendinstitut; SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies.

pro:dis Sachsen (2023): pro:dis-Modulreihe 2023: Distanzierungsprozesse begleiten. Qualifizierung zum Umgang mit Radikalisierungen bei jungen Menschen, Chemnitz: AGJF Sachsen.

Salzborn, Samuel (2018): Rechtsextremismus? Rechtsradikalismus? Extreme Rechte? Rechtspopulismus? Neonazismus? Neofaschismus?, in: Baron, Philip; Drücker, Ansgar; Seng, Sebastian (Hrsg.): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit, Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit (IDA), S. 5-9.

Strübing, Jörg (2018): Qualitative Sozialforschung: Eine komprimierte Einführung, Oldenburg: De Gruyter.

Thomford, Mandy; Pfeil, Christian (2020): Mögliche Herausforderungen und Problemkonstellationen bei Konzeptionierung und Aufbau von zivilgesellschaftlich organisierten Ausstiegsstellen, in: Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg" (Hrsg.): Ausstiegsperspektiven. Aspekte der Tertiärprävention im Kontext extreme Rechte, Jena: BAG Ausstieg zum Einstieg, S. 76-81.

Vögeding, Niklas (2022): DisTanZ – Distanzierungstrainings in der Einzel- und Gruppenarbeit. In: Adrian, Laura; Haase, Volker; Heydorn, Anna; Murawa, Michél; Vögeding, Niklas; Weilnböck, Harald: Distanzierungsarbeit: Zugänge und Beispiele aus der Praxis, Berlin: cultures interactive, S. 23-36.

Ziegler, Isabell (2022): Distanz – Distanzierungsarbeit, jugendkulturelle Bildung und Beratung: Modellprojekt „D-Netz – Netzwerke der Distanzierungsarbeit und Trainings mit rechtsextrem einstiegsgefährdeten und orientierten Jugendlichen", wissenschaftliche Begleitung des ISS.

8. ANHANG

Stellen der zivilgesellschaftlichen Distanzierungs- und Ausstiegsberatung im Phänomenbereich extreme Rechte

BADEN-WÜRTTEMBERG		
FEX – Fachstelle Extremismusdistanzierung	- Fachkräfte geschult für Distanzierungsarbeit	**https://fexbw.de**
BERLIN		
Projekt REE!	- Distanzierungsberatung - Umfeld	**www.violence-prevention-network.de/angebote/projektuebersicht/ree**
Crossroads	- Ausstieg (junge Menschen) - Einstiegsgefährdete junge Menschen - Fachkräfte (Bildung) - Umfeld	**http://www.crossroads-berlin.net**
BRANDENBURG		
Exchange Brandenburg	- Junge Menschen im Strafvollzug - Fachkräfte im Strafvollzug	**www.violence-prevention-network.de/angebote/projektuebersicht/radikalisierungspraevention-und-deradikalisierung-in-strafvollzug-und-bewaehrungshilfe/brandenburg**
BREMEN		
Sichtwechsel	- Ausstieg - Einstiegsgefährdete - Umfeld - Fachkräfte (Bildung und Beratung)	**www.sichtwechsel-bremen.de**
Legato	- Junge Menschen im Vollzug - Fachkräfte Vollzug	**www.demokratiezentrum.bremen.de/legato-bremen-13336**
HAMBURG		
Kurswechsel	- Ausstieg - Einstiegsgefährdete - Fachkräfte (Bildung und Beratung) - Umfeld	**www.kurswechsel-hamburg.de**
Modellprojekt Prisma	- Rechtsaffine/gefestigte Neurechte - Fachkräfte	**www.prisma.online**
HESSEN		
St. Elisabeth-Verein e.V. Marburg	- Einstiegsgefährdete junge Menschen - Fachkräfte (Bildung und Beratung) - Umfeld	**www.rote-linie.net**
MECKLENBURG-VORPOMMERN		
JUMP	- Ausstieg - Einstiegsgefährdete - Fachkräfte (Bildung und Beratung)	**www.jump-mv.de**
PräRaDEx	- Menschen in Haft und Bewährungshilfe - Fachkräfte in Strafvollzug und Bewährungshilfe	**www.cjd-nord.de/angebote/migration-forschung-und-beratung/praeradex**

NIEDERSACHSEN		
Distance – Ausstieg rechts	- Ausstieg - Dritte nur als Hinweisgeber:innen	⇢ **www.distance-ausstieg-rechts.de**
ISLEX	- Junge Radikalisierte/Anfällige im Strafvollzug - Fachkräfte im Strafvollzug	⇢ **www.violence-prevention-network.de/angebote/projektuebersicht/radikalisierungspraevention-und-deradikalisierung-in-strafvollzug-und-bewaehrungshilfe/niedersachsen**
NRW		
NinA NRW	- Ausstieg (Jugendliche und Erwachsene) - Einstiegsgefährdete - Fachkräfte (Bildung und Beratung)	⇢ **www.nina-nrw.de**
U-Turn	- Ausstieg - Einstiegsgefährdete - Fachkräfte (Bildung und Beratung) - Umfeld	⇢ **www.u-turn-do.de**
RHEINLAND-PFALZ		
Modellprojekt Wertraum	- Gruppenangebot für Inhaftierte	⇢ **www.wertzeug.org/wertraum**
SAARLAND		
Check In (AWO)	- Einstiegsgefährdete - Umfeld - Fachkräfte (Bildung und Beratung) - Jugendliche - Gerichte	⇢ **www.adolfbender.de/beratung/koordinierungsstelle-der-distanzierungsberatung-im-saarland**
SACHSEN		
Pro:dis	- Einstiegsgefährdete Jugendliche - Umfeld - Fachkräfte (Bildung und Beratung)	⇢ **www.agjf-sachsen.de/prodis.html**
Prisma Sachsen	- Rechte und Einstiegsgefährdete im Justizvollzug - Fachkräfte Justizvollzug	⇢ **www.violence-prevention-network.de/angebote/projektuebersicht/radikalisierungspraevention-und-deradikalisierung-in-strafvollzug-und-bewaehrungshilfe/sachsen**
SACHSEN-ANHALT		
FRaP	- Fachkräfte in der Straffälligenhilfe - Distanzierungsarbeit im Strafvollzug	⇢ **www.frap-lsa.de**
SCHLESWIG-HOLSTEIN		
KAST e.V.	- Ausstieg - Einstiegsgefährdete - Fachkräfte (Bildung) - (auch) Justizvollzug - Jugendliche mit anderen Problemstellungen	⇢ **www.kast-sh.de/mobile-ausstiegs-und-distanzierungsberatung**

THÜRINGEN

Thüringer Beratungsdienst	- Ausstieg - Umfeld - Fachkräfte (Beratung)	**www.ausstieg-aus-gewalt.de**
D-Netz	- Einstiegsgefährdete - Fachkräfte (Bildung und Beratung) - Präventive Jugendarbeit	**www.distanz.info**
Projekt Blickpunkt	- Junge Erwachsene in Haft und Bewährung - Fachkräfte in Strafvollzug und Bewährungshilfe	**www.deutschesoccerliga.de/portfolio/blickpunkt**

BUNDESWEIT

fa:rp Fachstelle Rechtsextremismusprävention	- Extrem rechts orientierte Jugendliche - Fachkräfte (Bildung)	**www.farp.online/praeventionsangebote.html**
EXIT	- Ausstieg - Umfeld - Bildung	**www.exit-deutschland.de**

9. ÜBER DIE LANDESKOORDINIERUNGSSTELLE DEMOKRATIE LEBEN! BAYERN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) bietet Beratungsleistungen und Informationen für Einzelpersonen, Familien und Angehörige, Vereine, Verbände, Schulen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Kommunen, Firmen und Bürgerbündnisse. Sie koordiniert das Beratungsnetzwerk Bayern gegen Rechtsextremismus. Die LKS unterstützt alle, die in Bayern auf der Suche nach Informationen, Anlaufstellen und Bildungsangeboten zu den Themen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) sind – das beinhaltet auch Erstinformationen und Verweisberatung für alle, die Unterstützung suchen.

Das Beratungsnetzwerk Bayern gegen Rechtsextremismus fasst unter seinem Dach drei Beratungsangebote für verschiedene Zielgruppen zusammen:

- Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern,
- die Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus (F.U.E.R.) und
- B.U.D. (Beratung, Unterstützung, Dokumentation), die unabhängige Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Bayern.

Die Angebote der drei Fachstellen sind vertraulich und kostenfrei. Die Beratung erfolgt telefonisch, aufsuchend vor Ort oder digital.

Die LKS und das Beratungsnetzwerk werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! gefördert. Die Kofinanzierung erfolgt aus Landesmitteln über das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (BayStMAS).

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben!
Bayern gegen Rechtsextremismus

Anschrift
Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben!
Bayern gegen Rechtsextremismus
c/o Bayerischer Jugendring K.d.ö.R.
Herzog-Heinrich-Str. 7
80336 München

Telefon 0151-21 22 12 07
info@lks-bayern.de
www.lks-bayern.de

Autorin
Nadja Kutscher

Layout
sella Design, Neuried

Druck
SAS Druck
Messerschmittstraße 9
82256 Fürstenfeldbruck

Stand
August 2023

Bildnachweise
Adobe Stock

Sämtliche Inhalte, Fotos, Texte und Grafiken sind urheberrechtlich geschützt.
Sie dürfen ohne vorherige Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert,
verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

In Trägerschaft des

Bayerischer Jugendring

Gefördert vom

Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

Hinweis: Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Bayerischen Jugendrings oder des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales dar. Für inhaltliche Aussagen tragen Autorin und Herausgeberin die Verantwortung.